

Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Feiertagen. Der Abonnementss-
preis beträgt bei Lieferung durch die
Boten frei ins Haus monatlich 12,00 Mark.

Redaktion: Johannisstraße 46.
Fernruf 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die
achtspaltene Zeitungsseite oder deren
Raum 3,00 Mark. Versammlungs-,
Arbeits- und Wohnungsanzeigen
2,50 Mark, Reklamen 12,00 Mark.
Geschäftsstelle: Johannisstr. 46.
Fernruf: 926.

Wochenszeitung FÜR SIEBENSONNTÄGE

DAS ARBEITENDE VOLK

Nr. 44.

Dienstag, den 21. Februar 1922.

20. Jahrgang.

Vertagung der Konferenz von Genua.

SPD. Berlin, 21. Februar. (Eig. Drahtber.)

Die Vertagung der Konferenz in Genua ist trotz aller eifriglichen Opposition der englischen Regierung gegen die Sabotage Poincarés als sicher zu betrachten. Der abermalige Sturz des Kabinetts Bonomi in Italien hat wesentlich zu einer Vertagung beigetragen. Das Blatt *Lloyd Georges*, der „Daily Chronicle“, der bisher noch entschieden für den Konferenzbeginn zu Anfang des Monats März eintrat, führt jetzt aus, daß die italienische Krise die Festsetzung eines endgültigen Datums für die Konferenz in Genua ganz unmöglich mache. Sogar die vorhergehenden Versammlungen der interalliierten Sachverständigen, die das Programm für die Konferenz in Genua vorbereiten sollen, müssen nach dem „Daily Chronicle“ jetzt vertagt werden. Als eine weitere unglückliche Folge der Lage in Italien bezeichnet das Blatt, daß die Zusammenkunft der Außenminister zur Regelung der Angelegenheiten in Südosten, die, wie Lloyd George hoffte, noch im Laufe dieser Woche stattfinden sollte, ebenfalls vertagt werden müßt. Das als offizielles Organ *Lloyd Georges* anzusprechende Blatt rechnet für Genua mit einer Verschiebung von wenigstens einem Monat.

Inzwischen versuchen die kleinen Ententestaaten, ihren Einfluß auf die Weltwirtschaftskonferenz durch umfassende Vorbereitungsmahnahmen zu stärken. Für Ende dieses Monats ist in Belgrad eine gemeinsame Konferenz der kleinen Entente mit der polnischen Regierung geplant. Man will dort ein Programm für ein gemeinsames Vorgehen auf der Genueser Konferenz festlegen. Sowohl nach Aussführungen der Pariser Presse wie nach Mitteilungen verschiedener Blätter, die dem Ministerpräsidenten der Tschechoslowakei, Beneš, nahestehen, ist damit zu rechnen, daß der Konferenz in Belgrad ein französischer Plan zugrunde liegt, der, geführt auf einen großen Block und ein gemeinsames Programm, einzutreten beabsichtigt, um so eine Mehrheit gegen die englischen Wünsche zu bringen, nachdem die Zustimmung der Staaten zu den vorbereitenden Beratungen der Großmächte am englischen Widerstand gescheitert ist.

Als Gesichtspunkte *Lloyd Georges* für die Konferenz in Genua teilt der Londoner „Daily Telegraph“ folgende mit:

1. Eine französisch-englische Verständigung über die Hauptfragen.
2. Die Konferenz von Genua soll die erste von mehreren ähnlichen Zusammenkünften sein, die vielleicht alle sechs Monate stattfinden würden.
3. Als Direktive für die Beziehungen mit Rußland soll angegeben werden, daß man sich zunächst auf die Förderung einer allmäßlichen Entwicklung der Privatunternehmungen beschränkt, da die Frage offizieller Annäherung erst in Betracht gezogen werden könnte, wenn private Unterhandlungen Erfolg gehabt haben.

Frankreich kriegt Rußland ein.

Ein französisch-polnisch-türkischer Vertrag?

WTB. London, 20. Februar.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt zum Abschluß des Angoravertrages: Zu derselben Zeit, wo Verhandlungen zwischen Bouillon und Kemal Bey stattfanden, hätten in Paris unter französischen Aufsichten femalistische Vertreter mit polnischen Agenten verhandelt. Der Zweck dieser Unterredung scheine die Ausarbeitung eines vorläufigen türkisch-polnischen Übereinkommens gewesen zu sein, das vielleicht in einem umfassenden Vertrag zwischen Frankreich, Polen und der Türkei ausgehen könnte. Der polnisch-türkische Vertrag solle ein Werkzeug zum Schutz sowohl Angoras als auch Warschau gegen russische Angreiffe darstellen. Aus diesem Grunde nehmen die polnischen und femalistischen Unterhändler die dauernde Trennung der Transkaukasischen Republiken, der Ukraine, Nordukraine von Nordrußland in Aussicht. Bis zur Beendigung des griechisch-türkischen Konfliktes solle sich Angora verpflichten, jeden polnisch-türkischen Angriff auf Polen oder Rumänien durch Erregung von Revolten in den mohammedanischen Gebieten, die sich noch unter russischer Herrschaft befinden, zu verhindern. Diese geplante militärische Vereinbarung solle durch weitere Vereinbarungen ergänzt werden. Der Berichterstatter des „Daily Telegraph“ erklärt weiter, daß auf diese Weise alle militärischen Operationen unter französischer Leitung

WTB. Paris, 20. Februar.
Der „Petit Parisien“ schreibt über die Konferenz von Genua: Die ersten Schritte, die die französischen Sachverständigen unternommen, hätten gezeigt, daß man zwischen zwei Uebeln wählen müsse; man werde sich nämlich entweder zunächst mit dem deutschen Problem beschäftigen, oder die Konferenz werde unsicher bleiben. Man könne nicht ungefähr ein großes Land von 50 Millionen Einwohnern, dessen Markt in einem Jahre von 25 auf 5 Centimes herabgesunken, zum Nachbar haben. Deutschland könne die Entwertung seiner Mark ausnutzen, um die gesamte europäische Produktion zu beunruhigen. Wenn man ihm in irgend einer Form die Ausfuhr verbiete, so erkläre es, daß es zahlungsunfähig sei. Nicht nur die Frage der Zahlungen Deutschlands für 1922, sondern auch das Gesamtproblem der deutschen Schulden werde durch diese Erwägungen aufgerollt. Wenn man es beiseite schiebe oder in voraus sage, man wolle keine Heilung bringen, wenn man also diese Unordnung im Herzen Europas belasse, dann sei es vergeblich, sich nach Genua zu begeben. Werde dies in London begriffen werden?

London, 20. Februar.

Der Berichterstatter des „Daily Telegraph“ meldet: Die Hauptpunkte des Übereinkommens, zu denen wie man hoffe, die französische und britische Regierung in der Frage der Genueser Konferenz kommen würde, seien folgende: 1. das englisch-französische Übereinkommen über die Hauptrundschule wird für wesentlich erachtet. 2. Die Konferenz von Genua wird angesehen als erste einer Reihe von Zusammenkünften, die vielleicht alle sechs Monate stattfinden würden. 3. Als führender Grundsatz für die Beziehungen zu Rußland geht die allmäßliche Entwicklung der privaten Unternehmen in Rußland. Die Zwangsaktionen der russischen Regierung kämen erst an zweiter Stelle in Betracht und sollten nur erfolgen, wenn die Privatunternehmungen nicht beständig seien. Wie der Berichterstatter weiter meldet, mache es die italienische Krise unmöglich, den genauen Zeitpunkt für die Genueser Konferenz festzusehen.

WTB. London, 20. Februar.

Der hier weilende tschechische Minister Beneš erklärte in einer Unterredung mit dem „Times“-Vertreter, seit seiner Ankunft in London hatte er Gelegenheit, den Plan der Genueser Konferenz mit zahlreichen daran interessierten Persönlichkeiten zu erörtern. Seiner Ansicht nach sei ein allgemeines Übereinkommen über die Fragen schon beinahe, aber nicht vollkommen erzielt. Die wichtigste Frage werde sein, das Verfahren bei der Erörterung des russischen Problems, das in politische und wirtschaftliche Fragen zerfällt. Schwierigkeiten würden entstehen über verschiedene Fragen. Insbesondere vom Standpunkt der Russen, da der Standpunkt der Neutralen auf der Genueser Konferenz sicher von dem der Alliierten vollkommen verschieden sein würde. Die Frage der Teilnahme des Böllerhundes werde nach Ansicht gewisser Persönlichkeiten gelöst werden. Beneš schloß: Mein Standpunkt ist, daß der Wiederaufbau Russlands nötig ist, und daß wir aktive Politik in Russland betreiben müssen. Diese Politik kann aber nur schrittweise vor sich gehen und wird keine schnellen Ergebnisse zeitigen.

stehen würden. Für diese Dienste Angoras würde Polen den femalistisch-nationalistischen Balkan anerkennen und versuchen, durch Diplomatie die serbische und rumänische Regierung für die türkische Sache in Thrakien zu gewinnen. Die Politik der Vereinigung der neuen Republiken von Georgien, Eritwan und Aserbaidschan zu einer Verbindung mit der Türkei würde sich vollkommen in Übereinstimmung mit dem Rate befinden, den Griechen ganz offen den verbotenen sozialistischen Regierungen dieser drei Staaten gab, sich mit der femalistischen Türkei gegen Russland zu verbünden. Es sei nicht schwer zu sehen, daß der Zweck, den die französische Diplomatie durch Abschneidung Russlands vom Schwarzen Meer und durch das mehr oder weniger starke Bündnis mit der femalistischen Türkei, mit Georgien, Eritwan, Aserbaidschan, der Ukraine und Rumänien und selbst Bulgarien verfolge, die vollkommene Behauptung des Schwarzen Meeres sei, die nach der Lockerung der internationalen Kontrolle den Meerenge große strategische und wirtschaftliche Folgen nach sich ziehen würde. Der Berichterstatter schreibt: Man fragt sich, ob nach der Ansicht der französischen Verantwortlichen die türkisch-polnischen Verhandlungen als vorläufiges Abkommen später auf die französisch-polnische Militärliaison geprägt werden sollten, die zwischen Millerand und Piłsudski im vorigen Frühjahr geschlossen wurde. Dieses Bündnis sei durch Abschluß der letzten französisch-polnischen Handelsverträge in Wirklichkeit getreten. In diesem Falle würde sich vieles, was sonst unerklärlich bliebe, erklären lassen, insbesondere die Tatsache, daß es selbst für einen so aufrechten Staatsmann wie Poincaré unmöglich sei, die auf die Irrwege gegangene Diplomatie seines Vorgängers aufzugeben.

Der Kampf um Genua.

Überr. 21. Februar.

Der stillzähne Kampf zwischen London und Paris um die Konferenz von Genua ist entschieden. Die italienische Ministerkrise und die völlig unklare politische Lage in Rom machen die Einberufung der Konferenz zu dem ursprünglich festgesetzten Termin unmöglich. Ist Italien doch nicht nur ein Hauptteilnehmer der Konferenz, sondern auch Gastgeber gleichzeitig. So ist eine Konferenzvertagung um mindestens einen Monat zur Notwendigkeit geworden; und auch die verschiedenen Konferenzen werden wohl verschoben werden müssen. Das internationale Intrigenspiel, in dem neben Frankreich auch Sowjetrußland und selbst Stinnes ihre Rolle spielen, haben einen gewissen Erfolg gegen England errungen. Aber die Gründe dieses Erfolges sind rein äußerliche, eben der zwemalige Sturz des Kabinetts Bonomi. Die internationale Verwicklungen und Verstimmungen — auch innerhalb der Entente — sind damit keineswegs beendet.

Die äußerst gespannten Beziehungen zwischen London und Paris — ein gespanntes Verhältnis zwischen Verbündeten — über die so viele dunkle Gerüchte herumschwirren, sind an sich ziemlich einfach zu erklären. Die englische Wirtschaft mit ihren zwei Millionen Arbeitslosen und Kurzarbeiter kann nicht von den deutschen Reparationszahlungen gesunden, die, wenn sie voll geleistet werden könnten, England höchstens 800 Millionen Goldmark im Jahre einbringen würden. Die Riesenverluste, die die englische Wirtschaft durch die Krise erleidet, gar nicht gerechnet, zahlt England allein an Arbeitslosenunterstützung jährlich fast zwei Milliarden Goldmark. Die Engländer wollen also die Weltwirtschaft wieder herstellen, wozu nötig ist, daß Mittel-Europa wieder faulstig wird. Die Voraussetzung dazu ist der Umbau der Reparationen.

In Frankreich ist die Arbeitslosigkeit nur gering. Die überschüssigen Kräfte, die in der Wirtschaft, die auch in Frankreich viele Lehrläufe aufweist, nicht unterkommen, werden in die Armee, in das Beamtenheer, das durch die Durchsetzung von Elsaß-Lothringen, des Saargebiets und den im Rheinland siedenden Troz von Kommissionen riesig angewachsen ist, abgestoßen und finden auch in den Kolonien reichliches Unterkommen. Freilich wachsen damit die Staatschulden. Das dreijährige Budget weist ein voraussichtliches Defizit von 8½ Milliarden auf, das natürlich noch überschritten werden wird. Dazu kommen die wachsenden äußeren Schulden. In England schuldet Frankreich rund 10 Milliarden Goldmark, an Amerika noch etwas mehr. Die herrschenden Politiker Frankreichs wissen dagegen nur ein Mittel: Deutschland muß zahlen.

Nun liegt es auf der Hand, daß ein Land auswärtige Schulden nur auf einem Wege zahlen kann: indem es Gold oder einen Warenaustausch ausführt. Da aber Deutschland kein Gold hat und sein Außenhandel defizitär ist und für die nächsten Jahre einen nennenswerten Überschuß nicht abwerfen wird, sind alle französischen Rechnungen über die deutschen Zahlungsmöglichkeiten purer Vision. Natürlich sind die französischen Politiker keine hirnlosen Phantasten. Wenn sie lügen, daß sie Sanctionen ergreifen werden, wenn Deutschland nicht zahlt, so soll das heißen: Da Deutschland nicht zahlen kann, machen wir uns bezahlt, indem wir das Saargebiet und das Rheinland nehmen. Dadurch würde die internationale Krise aber noch verschärft werden. Und das ist der Kern des englisch-französischen Gegenseites!

Durch die Schulden, die Frankreich bei seinen Alliierten gemacht hat, besitzen diese allerdings ein starkes Druckmittel. Und deshalb wird Poincaré nach Genua gehen müssen. Er will es aber nicht. Unter Aufsicht aller erdenbaren diplomatischen Kniffe mehrt er sich noch.

Dabei bedient sich Frankreich sogar der Sowjetabgesandten, mit denen es offiziell nicht verhandeln will. Die Ents, die von der stilisierten Telegraphen-Union über ein französisch-russisches Abkommen auch in Deutschland verbreitet wurde, ist dafür bezeichnend genug. Die Sowjetabgesandten machen sich diese Gegenseite weißlich zunutze. Sie versprechen den Belgieren wie den Deutschen, den Franzosen wie den Engländern alle erdenbaren Konzessionen, um sich für Genua eine günstige Position zu sichern. Auf solche Enten, die, wenn sie auch angeblich aus England kommen, ihren Ursprung aber in Paris haben, dürfen wir ebenso wenig hineinfallen, wie auf die Versprechungen der Sowjets. Sie gehören zum Kampf um Genua, um die Wiederherstellung der Weltwirtschaft.

Deutschlands Vertretung auf der Sachverständigenkonferenz.

Rom, 21. Februar.

Die römischen Blätter melden übereinstimmend: "In bestunterrichteten Kreisen werde versichert, daß die deutsche Regierung die Aufforderung erhalten werde, einen Vertreter zu den Präliminarchgesprächen über die Konferenz von Genf zu entsenden. Man sei durchaus der Meinung, daß Deutschland auf der Botschaften in gleicher Weise vertreten sein müsse wie die anderen Mächte und beront, daß Präliminarchgesprächen der übrigen Regierungen unter Auschluß Deutschlands den Erfolg der Konferenz schädigen, wenn nicht gar in Frage stellen könnten. Man erwarte daher, daß die deutsche Regierung eine diesbezügliche Benachrichtigung erhalten werden.

England vor Neuwahlen.

Paris, 20. Februar.

Der diplomatische Korrespondent der "Chicago Tribune" will wissen, daß Geheiminstruktionen an alle Parteidirektive der Koalition gesandt worden sind, um diese auf baldige Neuwahlen vorzubereiten. In politischen Kreisen sieht man Balfour als den Nachfolger Lloyd Georges an.

London, 20. Februar.

Arthur Henderson, der Sekretär der Labour Party, erklärte in einer großen Versammlung in Leeds, es sei ein Irrtum, zu glauben, daß die Neuwahlen auf lange Zeit hinausgeschoben seien. Die letzten Erklärungen von Geddes beweisen, daß die Neuwahlen bald stattfinden würden. Henderson ging sodann auf die Behauptung Lloyd Georges ein, die Arbeitspartei sei nicht fähig, die Regierung zu übernehmen, und bemerkte dazu, diese Behauptung beweise nur, wie wenig die jetzt Herrschenden über die wirklichen Machtverhältnisse informiert seien.

Ungarischer Mörderstschuß.

Den Mörfern falsche Pässe, die deutschen Detektivs ausweisen.

Dresden, 17. Februar.

Unter dem Titel „Sühne für Griesbach“ veröffentlicht Dr. Alfonso Steiger in der „Sächs. Volkszeitung“ (Zentrum), eine Schilderung der Verfolgung der Erzbergermörder. Die Darstellung bringt eine Aufzählung aller der Umstände, die die Ergreifung der Täter auf deutschem Gebiete unmöglich gemacht haben. Der Begleiter Erzbergers, Abg. Diez, konnte bei seiner ersten Vernehmung in völliger feindslicher Ershütterung mit einer sehr ungenauen Beschreibung der Mörder gegeben. Einige Pressevertreter hofften von der Aufzündung eines von einem der beiden Mörder geschriebenen Fetteleins berichtet und dadurch sind die Mörder in München gewarnt worden. Die Geheimhaltung dieses Beweisstückens hätte möglicherweise zur Verhaftung der Täter führen können. Anfang Oktober hörte man von einem Brief des beiden stedtisch Verfolgten an den Reichstagsabgeordneten Wulff in Berlin. An der Ecke ist dieses Briefes ist heute nicht mehr zu zweifeln. Er datiert vom 3. Oktober, ist aber erst am 9. Oktober in Enden ausgegeben worden. Es erhebt sich die Frage, warum Herr Wulff, von der Sache des Briefes überzeugt, ihn dem Untersuchungsrichter nicht sofort übergeben hat. Schulz und Tilleßen waren vor einiger Zeit in Ungarn geflüchtet worden. Man hält den Verdacht, daß das „christliche“ Ungarn den beiden Strafversuchigen Vorwürfe leistet. Dr. Steiger zieht daher an den Polizeipräsidienten von Budapest öffentlich die Bitte, sofort zu erläutern, daß es unrichtig sei, wenn man sage, er habe um den 20. Dezember 1921 herum den Erzberger-Mörtern falsche Pässe ausgestellt. Der Artikel schließt mit dem Hinweis daran, daß der Fall Killinge und Genossen, der Ende April oder Anfang Mai das Schwurgericht in Offenburg beschäftigen soll, eine Bestätigung dieser Angaben bringen werde.

Budapest, 17. Februar.

Aus absolut zuverlässiger Quelle kommt die Nachricht, daß im Verlaufe der vergangenen Woche die deutschen Beamten, die im Einverständnis mit der ungarischen Regierung die Nachforschungen nach den Mörfern Erzbergers ange stellt hatten, aus Ungarn ausgewiesen worden sind.

Das große Sterben in Russland.

Auf 9. Februar starb, wie O. E. meldet, das Mitglied des Internationalen Arbeitsamtes des Börsenbundes und des Moskauer Komitees der Rassen-Organisationen, der italienische Staatsangehörige Guido Farada, um Fleisch, den er sich bei der Bereitung des Hungergebietes gezogen hatte.

Der Vorsitzende des Exekutivkomitees des Chuvashen Gebietes sandte an den Generalsekretär der Russischen Internationale einen Telegramm, wonin mit dem Tod für die bisher erwiesene Hilfe folgende grauenhafte Schilderung der argenblödlichen Lage verbunden wird: "Vom Januar der Hungertodes bis zum 1. Januar dieses Jahres sind 250 000 Todesfälle (10 Prozent der Bevölkerung) zu verzeichnen und weitere 131 000 sind infolge des Verlustes von sozialen Surrogaten schwer erkennbar. Die fürchterlichste Zeit ist gekommen. Die große Weitheit der Bevölkerung steht vor dem Hungertode. In den Hütten und Hovels spießen sie entsetzliche Tragödien ab. Ganze Familien sterben Selbstmord. Kinder erstickten ihre Eltern. Eltern ihre Kinder. 765 000 Menschen, darunter 318 000 Kinder, verhungern bedroht bereits während dieses Telegramms weiterwegs ist.

Auch in der südlichen und östlichen Ukraine und in der Kasachstan die Hungersnot dieselbe Schärfe erreicht, wie im Wolga- und Kama-Gebiet, und breitet sich täglich aus. Während in diesen Gebieten Ende Dezember die Zahl der zusätzlichen Hungertoten mit 2 000 000 beziffert wurde, wird sie nunmehr auf fünf Millionen geschätzt. Die ausländische Hungersnot kommt hier noch kaum zur Geltung, da sie bisher vorwiegend auf das Wolgagebiet beschränkt war.

Der politische Hintergrund der Robbenkampagne.

Hier dieser Veröffentlichung kreist „Die Wahrheit“, das Organ des Zentrums für Menschenrechte, in einem Kreis: „Es derzeit keine Freiheit in den Ländern zu finden. Da die Regierungen es der Freiheit die Waffe des Friedens“

gels seien. Das ist an und für sich richtig; aber man darf auch nicht vergessen, warum die Gewerkschaften die Kohlenlieferungen bestellt. Die Zerstörung der Kohlegruben Nordfrankreichs ist leider in Deutschland so gut wie unbekannt. Der französische Ingenieur G. Guérin macht über die sinnlose und verbrecherliche Errichtung der französischen Kohlenbergwerke folgende Angaben: „Sagen im September 1915 forennten die deutschen Ingenieure nacheinander alle Gruben von Courrières, Sieben, Lens und Dangereux. Die unterirdischen Gänge mit Wasser zu füllen, genügte ihnen nicht. Um die Franzosen zu verhindern, den Betrieb später wieder einzustellen zu sehen, machten die Deutschen alles mögliche in die Gruben hinein: Ausflugstafeln, Eisenstangen, Kohlenkörbe, Reichtümer vor Menschheit und Tieren und sogar Donatifikation! Alles wurde methodisch gehandhabt. Alle oberirdischen Gebäude, ein Saal nach dem andern, eine Meile nach der andern, Bureaus, Grubenpläne, Eingänge und Haushaltbücher, die Wohnungen der Beamten und Arbeitnehmer, alles wurde vernichtet. Am 6. Oktober 1918 standen alle Gruben des Departement du Nord nach im Betriebe. Am 12. Oktober jedoch war kein einziger Kanal mehr zu sehen; alles war gesprengt worden. An diesem Tage war in diesen Regionen, wo kein einziger Kanonenkonzuschlag abgefeuert war, da die Gegner in einer Entfernung von 20 bis 40 Kilometern davon lämpften, kein Kompressor, keine Extraktionsmaschine, kein Ventilator mehr unverzerrt. 220 Gruben sind für mehrere Jahre unbewohnbar, einige werden erst in zehn Jahren wieder ganz wie früher betriebsfähig sein. Die Gruben sind mit 60 bis 80 Millionen Kubikmeter Wasser gefüllt. Eine Produktion von 20 Millionen Tonnen ist verunsichert. Eine Bevölkerung von 100 000 Arbeitern ist obdachlos; der materielle Schaden wird auf mehr als 25 Millionen Franc nur für die Bergwerke berechnet.“

Das ist das Werk, das in den letzten Kriegswochen ohne irgend eine militärische Notwendigkeit durchgeführt wurde. Geradezu erstaunlich ist die zucklose Verbündung, mit der man noch während des Zusammenbruches ein destruktives Attentat auf die Lebensgrundlagen der gegnerischen Wirtschaft ausgeführt hat, ebenso erstaunlich ist es, daß nach solchen Delikten gerade die Kreise, die genau wissen, was sie den anderen zugefügt haben und wie sie es zugefügt haben, noch den Mut haben, gegen den „Rachebrief“ zu heben und am entlasten ist, daß die Männer, die derartig angeordnet haben, noch heute nicht vor ein Tribunal gefordert werden, sondern von gewissen Kreisen des deutschen Volkes als nationale Helden geseiert werden.

Die Erinnerungen des Kronprinzen.

Berlin, 21. Februar.

Der Kronprinz beschäftigt, noch im Laufe dieses Frühjahrs im Cotta'schen Verlag seine Lebenserinnerungen herauszugeben. In seinen Aufzeichnungen kommt er nach den einleitenden Kapiteln bald auf die wichtigen Krisenjahre der Vorkriegszeit und auf seine Stellung zu den damals wichtigsten Problemen der deutschen Politik zu sprechen. Er entwickelt die Gründe seiner Heimlichkeit zu den für Bismarck Hollwegs Führung maßgebenden Gesichtspunkten und zeigt, wie Unzulänglichkeit, Unerschöpflichkeit und Mangel an Weitblick uns unzureichend in den Krieg trugen. Dem Ausbruch dieser Katastrophe, der Kornflucht, den Kämpfen um Verdun und den späteren Besiegungsergebnissen in der Heimat, der Klappe und der Front sind breite Darstellungen gewidmet. Die bedeutendsten Mitteilungen enthält das Schlusskapitel, in dem am Grund zahlreicher Dokumente von dem Kronprinzen als Augenzeuge lückenlose Schilderungen über die Vorgänge am 9. November in Spa und der Reise nach Holland gegeben werden. — Die Erinnerungen des Kronprinzen sollen gleichzeitig mit der deutschen Ausgabe auch in holländischer, englischer, französischer und spanischer Sprache im Verlage „Mundus“ in Amsterdam erscheinen.

Reichskonferenz der U.S.D.

Berlin, 21. Februar.

Nach der „Freiheit“ findet am kommenden Mittwoch eine Reichskonferenz der U.S.D. statt. Die von dem Frankfurter Parteiblatt gegebene Begründung sei jedoch unrichtig. Die Konferenz ist durchaus nicht veranlaßt durch das Verhalten eines Teiles der Reichstagsaktion, der sich der Abstimmung über das Vertrauensvotum durch Verlassen des Sitzungsaales entzog. Die Konferenz war seit langem geplant für den Augenblick, in dem durch das Anstreben der R.A.G. um Aufnahme in die U.S.D. eine Entscheidung der erweiterten Parteikörperchaft notwendig wurde. —

Vorgesetzte Effektenhäuser.

Der Berliner Dienstenmarkt zeigte bei Beginn der Woche wieder ein sehr festes Gepräge. Die Räume der Industrie und des Großhandels dauern fort. Die Minderung des Noteumlaufes nach dem letzten Reichsbankausweis um 850 Mill. Mark machten keinen großen Eindruck, da in den beiden vorwährenden Wochentagen Erhöhungen zu verzeichnen waren. Amtlich notierten Kabel Remond 216,75, London 952,5, Holland 817,5. Die Räume am Effektenmarkt dagegen an. Besonders bevorzugt sind chemische, Elektro- und Maschinendauermärkte.

Der Landbund an der Arbeit.

Das Schlesische Landbund wird uns geschrieben:

Der Schlesische Landbund setzte den internationalen Führer bei uns mit dem Zentralverband der Landarbeiter, der „Schlesische“ nebst zu einer Bauernarbeiterchaft verbunden, um den internationalen deutschem Landarbeiterverband in Schlesien zu elektrisieren. Diese Lehrerziehung erfolgte, nachdem zuvor der von den Großgrundbesitzern gegründete und finanzierte „Schlesische Verband der Landarbeiter“ sich mit dem christlichen Zentralverband vertraten hatte, weil trotz alter Finanzen des deutsch-nationalen Großgrundbesitzers für das Geschäft nicht lohnend. Bei Bildung der Arbeitgemeinschaft zwischen dem Unternehmerverein und dem Zentralverband bestet es, daß diese Arbeitgemeinschaft aus den Großgrundbesitzern in Besitz kommt. Bald zeigte sich jedoch die wahre Absicht der am Anfang des Agrarverbandes erzielten Verbindung. Auf jeder Tagung des Landbundes erschienen Vertreter des christlichen Zentralverbandes und stellten hier zusammenhängende Großgrundbesitzer als Prediger einer gemeinsamen „Dorfgemeinschaft“ zwischen Bürgern und Landarbeiter vor. Während die deutschnationalen Redner unter dem tosenden Beifall der Agrarier die Bedeutung der verdeckten Interessen der Großgrundbesitzer forderten, sowie für die Erfüllung der Arbeiterschaft eintaten, schwiegen die Vertreter des nationalen Zentralverbandes und jenseits keine Worte des Beifalls.

Wie weit die Grundsätze der Arbeitsgemeinschaft getreten sind, beweist folgendes Auszugsstück des Landbundes:

Schlesischer Landbund, 29. November 1921

Die Zukunft des kleinen Landarbeiterverbands hat, unterliegt die dort mit dem Zusammenschluß mit dem Zentralverband der Landarbeiter zu verwirklichen, in eine weite Ferne gerückt. Wir haben daher um so mehr Vertraulichkeit und Sicherheit zu wünschen, um mit einigermaßen den Erfolg des durch diesen Streit die Arbeiterschaft des Land-

bundes erlitten hat, wieder auszugleichen. Das wirksame Mittel, dessen sich gerade die freien bzw. sozialdemokratischen Gewerkschaften bedienen, ist ihre Gewerkschaftspreise. Es ist uns bekannt, daß schon vielfach von Arbeitgebern für ihre Arbeiter Zeitungen bezogen wurden, von deren Einfluß sie sich eine Änderung der Gesinnung der Arbeiter versprochen. Es wird dabei aber das eine verkennt, daß nach wie vor der Arbeiter das Gefühl hat, daß diese Zeitungen von einer Stelle herstammen, die nicht der Vertretung seiner Interessen in jedem Falle entspricht. Er verhält sich daher zu diesem Preisszeugnis, wenn nicht ablehnend, so doch zu mindestens gleichgültig.

Psychologisch richtiger erscheint es uns, den Arbeiter mit solchen Preisszeugnissen zu versehen, von denen er die Gewissheit hat, daß sie seine Interessen vertreten, von denen andererseits wir die Gewissheit haben, daß sie im Sinne der von uns erwarteten Dorfgemeinschaft geschrieben sind. Wir treten daher an unsere Herren Mitglieder mit der dringenden Bitte heran, sich die vorher dargelegten Gedankengänge zu eigen zu machen und für ihre Arbeiter, ganz gleich, ob sie Mitglieder des Zentralverbandes sind oder nicht, den „Schlesischen Landarbeiter“, das Organ des Zentralverbandes zu abonnieren. Wir legen Ihnen für diesen Zweck eine Liste bei, die wir bis zum 18. Dezember uns zurückerbeiten. Wir verstehen nicht zu bemerken, daß wir ebenso wie der Landbund seine Spalten für den Zentralverband gelegentlich zur Verfügung stellen, auch der Schlesische Landbund im „Schlesischen Landarbeiter“. Aufsätze werden veröffentlicht werden. Wir haben bestimmte Überzeugungen, daß wir auf diese Weise am nachdrücklichsten und wirksamsten unserem Ziele, die christlich-nationale Gewerkschaft in den Gedankenkreis unseres wirtschaftlichen Denkens einzuschalten und umgekehrt nahezu kommen.

Der Wirtschaftsverband.

Dieses Rundschreiben zeigt, daß sich der Landbund neben anderen Rechten auch das Vorrecht gesichert hat, in dem Gewerkschaftsblatt des christlichen Verbandes Artikel im Arbeitgeberkreis zu lancieren, damit die Landarbeiter irreführt werden. Hiermit ist der beste Beweis geleistet, daß der Schlesische Zentralverband der Landarbeiter eine gelbe Organisation ist, die im Dienste der Arbeitgeber zur Verdunstung und Zersplitterung der Arbeiterschaft wirkt. Es ist nicht ganz unbekannt, daß auch andere christliche Verbände in ähnlichem Sinne verfahren, und nicht nur finanzielle, sondern auch geistige von Unternehmerorganisationen abhängig sind.

Es bleibt zu erwarten, daß die Arbeiterschaft aus diesem Verhältnis christlicher Verbände ihre Lehren zieht und sich in Gewerkschaften organisiert, die tatsächlich Arbeiterrichte vertreten.

Die internationale Vereinigung.

Die internationale sozialistische Konferenz, die vorige Woche in Paris tagte, mußte resultlos geschlossen werden, weil ohne die Delegierten der deutschen Parteien, die durch den Eisenbahnerstreik am Erscheinen verhindert waren, ein Beschluß nicht gefasst werden konnte. Die Konferenz soll demnächst wieder in Frankfurt a. M. stattfinden. Von den deutschen Parteien hatten ihr Erscheinen zugesagt: die Sozialdemokratische Partei, die Unabhängigen und die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft (Revolution). Zweck der Zusammenkunft ist die Neugruppierung, mit dem Ziele der Einigung der drei bestehenden internationalen Vereinigungen.

Faktisch ist es leider so, daß uns eine internationale Vereinigung und Aktion nie notwendiger gewesen ist als jetzt und daß sie nie schwieriger war. Denn abgesehen von den Schwierigkeiten der internationalen Reisen durch Passschikanen, sind die Arbeiter voneinander mehr oder weniger abgesperrt durch die Unstetigkeit der wirtschaftlichen Zustände auf der einen, die Niedrigkeit des Wechselturmes auf der anderen Seite. So gibt es zum Beispiel in Italien ein noch ungelöstes Problem, das schwer auf die italienische Wirtschaftslage drückt: die Auswanderung der italienischen Saisonarbeiter. Vor dem Kriege sind die italienischen Bauarbeiter vornehmlich nach Deutschland, Österreich, Frankreich und die Schweiz alljährlich gewandert, schafften ihre Ersparnisse in die Heimat, wo sie die Wintermonate verbracht. Jetzt ist in diesen Ländern entweder der Wechselkurs so niedrig oder die Arbeitslosigkeit so groß, daß sie den Italienern mit einer unsichtbaren, aber unübersteigbaren Schranke verschlossen sind. Daheim aber ist der Hunger, 300 000 italienische Bauarbeiter sind arbeitslos und somit der Produktion verloren.

Das Problem der Arbeitslosigkeit ist überhaupt ein internationales und droht sich zu einer internationalen Katastrophe auszudehnen. Die Armee der Arbeitslosen und Kurzarbeiter, die heute der Produktion entzogen sind und damit die Produkte verteuern, beträgt jetzt „normal“ mindestens 25 Millionen. Dazu kommt aber noch die „unsichtbare“ Arbeitslosigkeit der in öffentlichen Betrieben zu viel Beschäftigten und vor allem der in valutaschwachen Ländern zu Arbeitshäusern Beschäftigten. Nach der Erhebung über die Produktion des Internationalen Arbeitsamtes betragen nach der Kaufkraft des Geldes die Löhne in Bulgarien 62 Proz., in Ungarn 47 Proz., in Georgien (1919) sogar nur 25 Proz. der Vorkriegsöhne. In Deutschland sinkt die Kaufkraft des Lohnes fast unausgelebt, das heißt, die Differenz zwischen der Steigerung der Löhne und der Kosten der Lebenshaltung wird immer größer.

Die Folge des wachsenden Unterkonsums der Massen ist eine wachsende Unterproduktion, somit eine Verteuerung der Produktion, weil sich die Löhne wirtschaftlich immer mehr abschließen, die Krise wird zur Katastrophe. In erster Linie sind es die geistigen und Handarbeiter, die dabei unter die Räder kommen. In allen Ländern ist die Arbeiterbewegung in die Abwehr gedrängt. Sie muß Riesenkämpfe führen, um die Massen vor einer wachsenden Vereinigung zu schützen. Durch die Valutaunterschiede kann die Arbeiterschaft fast keine praktische internationale Solidarität mehr üben. Sie kann höchstens noch versuchen, durch Sammlungen den Hunger in den großen Glendländern vorübergehend zu bekämpfen.

Und doch ist die Arbeiterbewegung zahlenmäßig heute unvergleichlich stärker als vor dem Kriege und auch ihr politischer Einfluß ist fast in allen europäischen Ländern bedeutend größer. Sie ist aber durch die innere Zerrissenheit wirtschaftlich und politisch so sehr gelegt, daß ihr nomineller Zuwachs dadurch fast aufgehoben ist. Gleichzeitig ist, vom Krieg und der Nachkriegswirtschaft begünstigt, die Konzentration und Vertrübung des Kapitals ungeheuer gewachsen. Während die Massen darben, machen die großen Kapitalgesellschaften Milliardengewinne.

Es ist höchste Zeit, daß wir diesen Problemen einmal praktisch auf den Leib rütteln. Und das kann nur internationale geschehen. Im Prinzip muß endlich der Anfang gemacht werden.

Wuchernder Stahlhelmgeist.

Aus München wird uns geschrieben: In Bayern wuchert die von Kahr und Böhner ausgebreitete rechtschärfische Saat derartig empor, daß selbst rechtsstehende, aber besonnene Männer wie Graf Lerchenfeld kaum mehr imstande sind, den Geist engstirniger Parteigenügs und die Stolzblindwütigen Rassenhasses aus dem Schönen Bayernland hinauszutreiben. Eine Reformation an „Haupt und Gliedern“ tate da wirklich not, um der politischen Verzweiflung selbst der höchsten Würdensträger der bayerischen Republik zu steuern.

Der Minister des Innern Dr. Schwenzer predigt einer laufenden Parteisammlung, Rathenau habe der Bank von England den bekannten Brief von der Kreditunfähigkeit Deutschlands „entloft“! So fällt dieser siebenjährige bayerische Politiker der Reichsregierung in den Rücken!

Der Justizminister a. D. Roth erklärt ebenfalls in aller Deftlichkeit, Oberschlesien wäre nicht zu Polen gekommen, wenn Ludwig III. noch auf dem Königsthron gesessen hätte!

Der Sozialminister Oswald führt den Kampf gegen die Sozialdemokratie mit folgenden gescheiten Argumenten: „Im Landtag führen sie sich auf wie in einer Schnapsmeipe! Ihr Gögenbild ist das goldene Kalb, wie die Teilung der Gewinne mit den Viehhändlern zeigt!“

Der oberbayerische Regierungspräsident v. Kerch preßt bergauf und bergab den „Stahlhelmgeist“, an dem Deutschland gefunden müsse!

Um so verdienstvoller war die Tat des Grafen Lerchenfeld, daß er in einer großen Versammlung vor das Volk trat, um angesichts dieses politischen Zustandes seiner Gehilfen über die „Erziehung des Volkes zur Politik“ zu sprechen und dem „Miesbacher Geist“ Feinde anzusagen. Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß gegen Lerchenfeld bereits eine nicht unbedeutliche Rechtsopposition vorhanden ist. Selbst das führende Organ der Bayerischen Volkspartei der „Bayerische Kurier“, versucht sich fortgesetzt in der Bearbeitung des Themas vom „leitenden Staatsmann“ an ihm zu reiben. Die schärfsten Gegner besitzt er aber in den Münchener Nationalsozialisten, die Lerchenfelds Frau als nicht „judenteim“ verdächtigen und neuerdings den politischen Morde so unverhohlen predigen, daß sie in einem ihrer Organe die Erzbergmörder als „Rächer“ feierten!

Diese Sturmtruppe der „Ordnungszeile“ versuchte nun, den oben erwähnten Vortrag des Ministerpräsidenten mit allen Mitteln zu verhindern. An allen passender und unpassender Stellen der Rede wurde Lerchenfeld das Wort „Die Juden“ zugesungen. Als Lerchenfeld über das russische Problem spricht, liegt ihm wieder das Wort „Die Juden“ an den Kopf. Er sagt: „Ich warne Sie, alles Schlechte nur in einem Prinzip zu sehen! Nicht alles, was in der Weltgeschichte schlecht ist, ist auf die Juden zurückzuführen!“ Bei der Besprechung der rheinischen Abtrennungsbemühungen des Dr. Dorren wird ihm zugesungen: „Rathenau will das selbe!“ Wütend entgegnet Lerchenfeld: „Ich befürchte, daß ein deutscher Minister sich solcher Beschwörungen schuldig macht!“

Die nationalsozialistische Pestbeule, das Gezücht Kahr's und Böhners, pöbelt weiter. Der „Stahlhelmgeist des Oberland“ wirkt sich also bereits in würdiger Form aus! Man kann nur hoffen, daß Lerchenfeld die Energie aufbringen möge, trotz aller Hemmungen von bürgerlicher Seite den größten Mist aus dem bayerischen Augenstall auszufegen!

Agrarischer Schwund.

Die agrarische Presse nutzt die Landwirtschaftliche Woche für ihre Agitation nach Kräften aus. Selbst in stürmischen Zeiten hat man über die Regierung nicht so mahnlos geschimpft wie jetzt, wo doch die gefüllten Portemonnaies der Agrarier den Beweis dafür liefern haben, daß der Reichsernährungsminister wirklich ihr vollliste Vertrauen verdient. Aber man irr, wenn man glaubt, daß die Deutschnationalen genug bekommen. Landsünde und Deformationen sind ein teurer Sport, deshalb können die Getreidepreise gar nicht hoch genug sein. Das ist ihre sorgsam verschwiegene Logik.

Unsinn zu besonderer Aufregung gab der agrarischen Presse die Tatsache, daß die Reichsgesetzestelle Kleie an einem höheren Preise verkauft habe, als der Umlagepreis für Getreide ist. Peter und Mordio schreit man darüber, daß der Landwirt „nur“ 105 Mark für den Zentner Umlagegetreide bekomme, während die Reichsgesetzestelle Kleie um 130 Mark verkaufe. Ja, es seien sogar noch höhere Preise dafür gefordert worden.

Eine amtliche Richtigstellung führt den agrarischen Schwund auf das richtige Maß zurück, indem sie feststellt, daß die aus der Zwangswirtschaft herstammende Kleie nicht von der Reichsgesetzestelle, sondern von der Bezugsvereinigung der Deutschen Landwirte verkauft worden ist, also einer Organisation, die schließlich auch gewußt haben muß, was die Kleie wert ist. Ein Posten von 8000 Tonnen wurde zur Behebung der Futternot zum Preise von 26,65 Mark pro Zentner an die Länder abgegeben — davon wissen natürlich die Landwirte nichts — der zweite Posten war, wie gesagt, ebenfalls durch die landwirtschaftliche Genossenschaft zu 130 Mark je Zentner vertrieben worden. Der Vorwurf, daß die Kleie verdorben gewesen sei, würde nur die mit ihrer Aufbewahrung betraute Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte treffen.

Die Reichsgesetzestelle gibt auch jetzt noch Kleie zum Preise von 130 Mark pro Zentner ab, jedoch nicht aus dem Umlagegetreide, denn dieses wird von den Gemeinden verwahrt, die auch die Kleie verwerten, sondern aus den im Ausland eingefäusteten oder im freien Handel bezogenen Getreidearten, die der Landwirt nach den jüngsten Kursen mit fast 400 Mark pro Zentner bezahlt bekommt. Darüber, daß der Landwirt auf Kosten der Verbraucher einen solchen Preis für sein Getreide erhält, entrüsten sich die Agrarier natürlich nicht. Im Gegenteil. Sie wollen ja auch das Umlageverfahren abgeschafft und die ganztägig hemmunglose Wirtschaft eingeführt wissen. Sie entzauen sich nur darüber, wenn die Reichsgesetzestelle für die Kleie die hohen Preise nimmt, die der Bauer auf berechnen müßte, wenn er den freien Getreidepreis anzugeben legt.

Kürzlich forderte das führende Agrarparteiorgan, daß die Reichsregierung sich dem Dienst mit einer Auskündigung in ihrem Sinne, d. h. also mit der deutlichmonarchischen Kanzelpropaganda beauftragt würde. Die Agrarier sind immer etwas anspruchsvoll gewesen. Wir möchten aber hoffen, daß die amtliche Auskündigung ebenso wie das Dementi in der Presse energisch gegen diese Lügenpropaganda Stellung nimmt und das Volk darüber aufklärt, wer die Urheber des Getreidewuchers sind. Denn darüber, was die Regierung zu ihrer Rechtfertigung sagt, schweigt der teutonische Blätterwald.

Ausgebeuteten bösen Einfluß hat. Ich lobe mir' den sozialen Gewerkschaftskampf. Der Schaden, den die Wirtschaft dabei erleidet kann, ist nicht halb so groß wie der Schaden, den Arbeiter und Volk dadurch erleiden, daß aus dem geistig regesamen, um Freiheit und Leben kämpfenden Wertschaffner ein von der Industriemaschine regierter, seelenloser Holzleiter wird.

Spießwirtschaft.

Auf absteigender Bahn.

Der Markt hat sich gegen Wochenende wieder einmal um einige Punkte entwertet. Der Kursunterschied der ausländischen Devisen ist zwar nicht groß, immerhin wirkt diese Entwicklung besorgniserregend, und zwar deshalb, weil sie in eine Zeit allgemeiner Teuerung hineinfällt. Die Reichsbahn muß ihre soeben erst erhöhten Tarife um ein neues Fünftel herausheben, die Goldzollzuläge auf Einfuhrzölle werden mit dem 1. März auf 4400 gegen bisher 3800 d. h. erhöht. Beides sind Maßnahmen, deren Endwirkungen früher oder später in steigenden Warenpreisen zum Ausdruck kommen werden. Dabei sind die Erhöhungen der Verbrauchsabgaben, die das Steuerkompromiß enthält, noch nicht in Kraft getreten. Die Devisenhäuse, die gegen die Regel sich am gestrigen Sonnabend fortsetzte — Sonnabend pflegt der Umfang des Geschäfts im allgemeinen gering zu sein —, ist wesentlich darin begründet, daß man den Zeitpunkt für das Inkrafttreten der neuen Zollzuläge 10 Tage vorher angegeben und so den Importen Zeit gelassen hat, bei den noch geltenden Säcken Waren einzukaufen, die dann unter Hinweis auf die gestiegenen Einfuhrzölle teurer verkauft werden können. Infolgedessen kam die lebhafte Nachfrage nach fremden Zahlungsmitteln, von der nur zu hoffen ist, daß sie bald wieder absinkt. Da aber die Konferenz von Genua, die nach dem Willen ihrer Urheber das Reparationsproblem und damit die Frage der deutschen Goldzahlungen klären soll, durch die italienische Ministerpräsi erneut verzögert wird, ist die Lage am Devisenmarkt unbeständig.

An den einzelnen Tagen der letzten Woche entwideten sich die Kurse zweier Hauptdevisen folgendermaßen:

	11.2.	13.2.	14.2.	15.2.	16.2.	17.2.	18.2.
1 Dollar	199,80	202,79	199,30	199,80	200,54	204,29	209,29
1 Pf. Sterling	869,10	881,60	867,60	874,10	875,60	888,60	912,05

Ein Vergleich der wichtigsten Kurse fremder Zahlungsmittel am Wochenende mit früheren Stichtagen seit Beginn dieses Jahres ergibt folgendes Bild:

	am 14.1.	21.1.	28.1.	4.2.	11.2.	18.2.
100 Holl. Gulden	6653	7243	7388	7505	7452	789
1 Pf. Sterling	762	843	853	871	869	912
1 Dollar	180	200	200	202	200	200
100 franz. Fr.	1498	1623	1648	1693	1708	1833
100 Schweiz. Fr.	3511	3696	3806	3956	3901	4096
100 tsch. Kr.	298	345	390	375	397	407
100 öster. Kr.						
abgestempelt:	6,48	5,98	5,78	6,68	6,88	5,48

Die Verschlechterung der Mark am Ende der letzten Woche ist um so auffallender, als sie, wie aus obiger Zahlentafel hervorgeht, bisher den Stand 1 Dollar = 200 seit fast einem Monat behaupten konnte, wenn sie auch inzwischen geringen Schwankungen ausgelebt war.

An der Berliner Börse waren vorgestern Gerüchte verbreitet, die deutsche Regierung habe einen neuen Stundenabtrag in bezug auf die Reparationszahlungen festgestellt, was mit zu den Devisenhäusern beigebracht habe. Das Finanzministerium teilte daher mit, daß alle derartigen Gerüchte auf einer falschen Grundlage beruhen. Die Zahlung der Raten nach den gegenwärtigen Regelungen sei bisher pünktlich erfolgt und auch die nächste Rate werde pünktlich erledigt werden.

Die Steinkohlenförderung im Ruhrgebiet.

Die Kohlenförderung des Ruhrgebietes betrug im Monat Januar 1922:

Jahreszeit	Gesamtförderung	Anzahl der Arbeitstage	arbeitstägliche Förderung
Januar 1922	8 182 768 Tonnen	25 1/4	322 090 Tonnen
Dezember 1921	8 054 517	=	318 091
Januar 1921	8 072 912	=	332 904
Januar 1918	9 786 005	=	389 493

Die Gesamtzahl der im rheinisch-weselischen Steinkohlenbergbau beschäftigten Arbeiter betrug Ende Januar 1922: 561 086 gegen 559 589 Ende Dezember 1921 und 537 399 Ende Januar 1921.

Im Januar 1922 wurde im Vergleich zum vorhergehenden Monat bei gleicher Zahl der Arbeitstage eine Mehrförderung von 78 246 Tonnen erzielt. Arbeitstäglich ergibt sich eine Steigerung der Förderung um 309 Tonnen. Gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahrs (Januar 1921) ist eine arbeitstägliche Mindestförderung von 10 814 Tonnen zu verzeichnen. Dabei ist einerseits zu berücksichtigen, daß im Januar 1921 noch das Überhöhte Abkommen in Geltung war, andererseits, daß die Belegschaft seither um 23 687 Mann zugewachsen hat.

Devisenkurse.

Berlin, 21. Februar.

	20. Febr.	18. Febr.
Amsterdam	100 fl.	8166,80
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	1803,65
Kristiania	100 Kr.	8676,30
Kopenhagen	100 Kr.	4185,50
Stockholm	100 Kr.	5684,30
Helsingfors	100 finn. Mk.	431,55
Rom	100 Lire	1098,90
London	1 £	931,50
New York	1 Doll.	216,53
Paris	100 Frs.	237,95
Zürich	100 Frs.	235,70
Madrid	100 Pesetas	3166,50
Wien	100 K.	4,83
Budapest	100 K.	32,86
Prag	100 K.	405,55

Berantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Frieden, Außen- und Seefahrt Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaft August Schulz; für Internationale Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meier & Co. GmbH in Bielefeld.

Kaffreiners Malzkaffee

Ist ein unvermischt Edelprodukt aus wirklichem Malz!
Millionen trinken ihn täglich! Der Gehalt macht's!

Nur echt
im geschlossenen
Paket mit Kneipp.
Bild u. Unterschrift

Paket-Mk. 250. (18827)



Henko

Henkel's Wasch-
Bleich-Soda

unübertr. für Wäsche und Haushalt
Hersteller: Henkel & Co. Düsseldorf

Soritener Jüngsdorf. Bezirk Waldhausen.
Holzverkauf

am Freitag, dem 24. da Mts., in der Gastwirtschaft von Dieckmann. Rüdnick
ab 10 Uhr vorzeitig bei freier Konkurrenz:
14.45 im Richter-Stamm 1. — V. Bl.
18.10 St. Richter-Stangen 1. — V. Bl.
2 im Fuchsen-Globen

ab nachm. 3 Uhr an Lübecker Selbstverbraucher
für Hansbrandswede

228 m Fuchs-Globus und Knäppel
2 m Fuchs-Knäppel, 1 m Steffens-
Knäppel

17. Okt. Kastholz-Durchföhrungs-
und Lautrangs-Fisch.

Erken ab 21. Uhr, bei der Stadtfeier in
Süder, im Verkaufsstand und im Posthause zu
Waldhausen.

Stadtfeier am Freitag, 19. Februar 1922. (18841)
Der Reitervorführer.

Diese soll zu meinem Sarge,
Sitzt mich nicht in meiner Fuß,
Sollt was ich gehabt habe,
Gesetz nur die ewige Ruß!

Erken rückte der Tod am 18. Februar
meinen geliebten Mann und treuen
den Herrn seiner Kinder. (18854)

Heinrich Querfurth

im 39. Lebensjahr, nach seinem langen,
im Felde ausgezogenen Leben, tief be-
herrschend und schmerhaft vermissigt
von den Seiten.

Stadtfeier am Freitag, 10.2. Uhr in
der Kapelle des Burggrafenfriedhofes.
Begräbnis auf dem Ehrenfriedhof.

Waisenhaus.

Die Gebrüder am Auf-
bau in das Waisen-
haus sind von den Direk-
toren über den Angehö-
rigen der Kinder im Be-
griff, der letzteren am
Zahlungsaufschluss, dem
22. Februar, vorgene-
sene, im Rahmen
zu erbringen. (18828)
Denk oder Gedanke,
Kaufmann und
leidet Schuleinsatz des
Landes und steht eine
gerne.

Die Vorsteherin
des Waisenhauses.

Will Liedermann.

Alma Liedermann

geb. Schmidt

Für die zahlreichen

Gedächtnisse und Ge-
danken dankt ihr herzlich

18857

1. D.

Sauberer Kämmchen

sofort gekauft

Klemensstrasse 1c

Bei offen geöffnetem

Öffner Kämmchen

Johannistrasse 16.

18854

Chaplin 21 II.

So bestellen ein

Spiegel-Löffel

Rebm. Engelsgraben 46

18852

Gebr. Schmid

18851

In der ersten ein

Spiegel-Löffel

Rebm. Engelsgraben 46

18850

Gebr. Schmid

18849

In der ersten ein

Spiegel-Löffel

Rebm. Engelsgraben 46

18848

Gebr. Schmid

18847

In der ersten ein

Spiegel-Löffel

Rebm. Engelsgraben 46

18846

Gebr. Schmid

18845

In der ersten ein

Spiegel-Löffel

Rebm. Engelsgraben 46

18844

Gebr. Schmid

18843

In der ersten ein

Spiegel-Löffel

Rebm. Engelsgraben 46

18842

Gebr. Schmid

18841

In der ersten ein

Spiegel-Löffel

Rebm. Engelsgraben 46

18840

Gebr. Schmid

18839

In der ersten ein

Spiegel-Löffel

Rebm. Engelsgraben 46

18838

Gebr. Schmid

18837

In der ersten ein

Spiegel-Löffel

Rebm. Engelsgraben 46

18836

Gebr. Schmid

18835

In der ersten ein

Spiegel-Löffel

Rebm. Engelsgraben 46

18834

Gebr. Schmid

18833

In der ersten ein

Spiegel-Löffel

Rebm. Engelsgraben 46

18832

Gebr. Schmid

18831

In der ersten ein

Spiegel-Löffel

Rebm. Engelsgraben 46

18830

Gebr. Schmid

18829

In der ersten ein

Spiegel-Löffel

Rebm. Engelsgraben 46

18828

Gebr. Schmid

18827

In der ersten ein

Spiegel-Löffel

Rebm. Engelsgraben 46

18826

Gebr. Schmid

18825

In der ersten ein

Spiegel-Löffel

Rebm. Engelsgraben 46

18824

Gebr. Schmid

18823

In der ersten ein

Spiegel-Löffel

Rebm. Engelsgraben 46

18822

Gebr. Schmid

18821

In der ersten ein

Spiegel-Löffel

Rebm. Engelsgraben 46

18820

Gebr. Schmid

18819

In der ersten ein

Spiegel-Löffel

Rebm. Engelsgraben 46

18818

Gebr. Schmid

18817

In der ersten ein

Spiegel-Löffel

Rebm. Engelsgraben 46

18816

Gebr. Schmid

18815

In der ersten ein

Spiegel-Löffel

Rebm. Engelsgraben 46

18814

Gebr. Schmid

18813

In der ersten ein

Spiegel-Löffel

Rebm. Engelsgraben 46

18812

Gebr. Schmid

18811

In der ersten ein

Spiegel-Löffel

Rebm. Engelsgraben 46

18810

Gebr. Schmid

18809

In der ersten ein

Spiegel-Löffel

Rebm. Engelsgraben 46

18808

Ge

Freistaat Lübeck.

Dienstag, 21. Februar

Kartoffeln und Kartoffelnot.

Die hohen Kartoffelpreise im Herbst vorigen Jahres ermöglichten es nur den Bemittelten, sich bis zur nächsten Ernte voll einzudecken. Weite Kreise der ländlichen Bevölkerung, die nicht über die nötigen Mittel verfügten und pfandweise ihren Bedarf decken mussten, sind in eine schlimme Lage geraten. Einmal müssen sie noch weit höhere Preise als im Herbst zahlen und durch den anhaltenden starken Frost gab es in Lübeck Zeiten, wo in mehreren Wochen fast keine Kartoffeln aufzutreiben waren. Die Preise stiegen daher immer höher. Nun herrscht seit einer Woche ein mildes Wetter, das sich vermutlich bei der täglichen stärker werdenden Wirkung der Sonne warm halten wird. Kälterlückslüge, die nicht ausbleiben werden, liegen wohl noch in der Ferne. „Wenn der Frost schwundet“, so hat man den Hausfrauen gesagt, „dann können endlich die Kartoffelmieten geöffnet werden, dann gibt es auch wieder Kartoffeln!“ Der Frost ist vorbei und in Lübeck ist und bleibt eine Kartoffelnot. Wie ist das möglich? Man denkt an frühere Zeiten. Möchte der Frost noch so stark und noch so lange erhalten, Kartoffeln gab es immer.

Natürlich gibt es auch heute Kartoffeln; die Ernte war gar nicht so schlecht, wie die Landwirte früher behaupteten. Auf dem Lande sind die Mieten gefüllt, nur ist es wegen des Frostes, der noch in der Erde steckt, etwas umständlich, die Mieten zu öffnen. Was schert es aber die Landwirte, ob die Städter bittere Not leiden. Je knapper die Kartoffeln, desto höher der Preis. In den letzten Tagen sind zwar einige Zufuhren zu verzeichnen. Es werden aber Preise gefordert, die einfach nicht zu zahlen sind. Einige Händler verlangten am Sonnabend für das Pfund 2,20 Mark. So kann es keineswegs weiter gehen. Wir haben von dem „Segen“ der freien Wirtschaft gerade genug.

In Berlin, wo die Kartoffelnot noch größer war, und sogar 5 Mark für das Pfund gefordert wurden (ebenso in Hamburg), hat man diesem Bucher einen Riegel vorgeschoben. Dort hat die Preisprüfungskommission einen Höchstpreis von 1,50 Mark für den Rentner im Kleinverkauf festgesetzt. Es ist ein Heer von Beamten unterwegs, um den Kartoffelhandel zu kontrollieren. Kartoffeln, für die mehr als 1,50 Mark verlangt werden, sollen beschlagnahmt und die Verkäufer dem Bucher geziert und übergeben werden. So das laufende Publikum ergeht die Aufforderung, die Behörden zu unterstützen und jeden Händler, der mehr als 1,50 Mark für das Pfund Kartoffeln verlangt, zur Anzeige zu bringen.

Der amtliche Erzeugerpreis in Pommern, Brandenburg usw. beträgt 85 Pf. pro Zentner. Allerdings laufen die Landwirte gegen diesen Preis Sturm und hoffen ihr Ziel zu erreichen, indem sie rufen — und es ist der häufigste Grund, weshalb Lübeck ohne Kartoffeln ist — die Wore zurückzuhalten. In den Spiritusbrennereien erhalten sie bereits höhere Preise. Da wir aber den viel gerührten freien Handel haben, so ist und bleibt die ländliche Bevölkerung auf die Gnade der Monarchen angewiesen, wenn nicht die Behörden eingreifen. Und das sollte auch hier geschehen. In Gemüse ist wegen des hohen Preises kaum noch zu denken. Was soll erst in den gefährlichen Monaten Mai und Juni werden, wenn die alte Ernte sich aufzehrt und eine neue noch nicht da ist?

Die Stadttheatervorlage.

Boranßtag für das Stadttheater und Orchester.

Die Theaterbehörde überreicht dem Senat unter Beifügung mehrerer Anlagen des Theaterdirektors von Bongardt den Voranßtag für das Jahr 1922/23, der die Gewährung eines Zuschusses öffentlichen Mitteln von 2.694.237,20 Mark für das Stadttheater und von 1.009.000 Mark für das Orchester erforderlich macht.

Von der Behörde sind eingehende Erwägungen darüber ange stellt worden, ob und wie es zu ermöglichen sei, mit erheblich geringeren Zuschüssen den Theaterbetrieb aufrechtzuerhalten und das Orchester vor der Auflösung zu bewahren. Ein Ergebnis,

das in der Richtung solcher Prüfung lag, hat sich leider nicht erzielen lassen. Theater und Orchester sind eng miteinander verbunden, denn solange das Stadttheater die Oper beibehält, bedarf es dazu eines tüchtigen und leistungsfähigen Orchesters, und dieses wieder kann ohne die Oper keine ausreichende Tätigkeit entfalten, die ihm auch finanziell eine wesentliche Existenzgrundlage zu bieten vermag. Beide erfordern aber zu ihrer Weiterführung erhöhte Zubuden aus öffentlichem Mitteln.

Die Ursachen für die vermehrten Anforderungen des Stadttheaters und des Orchesters an den Staat liegen hauptsächlich in den sprunghoheren Gehaltsentwicklungen und in den früher zu niedrig bemessenen Bezügen der Künstler und Musiker, die nun infolge der großen Teuerung prozentual sehr stark erhöht werden müssen, um den Beteiligten das Existenzminimum einigermaßen zu sichern. Weiter fallen besonders ins Gewicht überaus bedeutende Mehrkosten für Gehalte, Arbeitslöhne, Reinigung, Heizung und Feuerversicherung des Gebäudes und des Fundus, auf deren Höhe die Theaterverwaltung seinerlei Einwirkung hat. So steigen gegen den diesjährigen Haushaltssatzplan die Gehälter, Löhne, Sozialversicherungsbeiträge und Feuerwachen von 483.200 Mark auf 849.720 Mark, die Kosten für Heizung von 96.000 Mark auf 230.000 Mark, für Reinigung von 40.000 Mark auf 110.000 Mark, die Feuerversicherungsprämie von 40.598,30 Mark auf 108.500 Mark. Einen Ausgleich der Steigerung der Ausgaben durch entsprechende Eintrittspreiserhöhungen herbeizuführen, erschien der Theaterbehörde besonders nach den Erfahrungen anderer Städte unmöglich. Die bisherigen, im Vergleich zu andern Theatern verhältnismäßig günstigen Ergebnisse des Lübecker Stadttheaters sind in erster Linie auf den durch das Massenabonnement lebhaft geförderten Besuch der Vorstellungen zurückzuführen. Der Besuch des Stadttheaters ist ein fortlaufender beständigender. Es ist jedoch damit zu rechnen, daß er wesentlich zurückgehen würde, wenn die Eintrittspreise über ein gewisses Maß, das nach der Einwohnerzahl und der Kaufkraft der Stadt gestellt werden muß, hinausgeht. Die Theaterbehörde glaubt mit den von ihr für die nächste Spielzeit in Aussicht genommenen Eintrittspreisen jene Grenze erreicht zu haben, deren Überschreitung keine Verbesserung des finanziellen Ergebnisses, sondern eine Gefährdung desselben bedeuten würde, weil größere Abwanderungen des Publikums von den teureren zu den billigeren Plätzen und aus dem Theater überhaupt die Folge wären. Damit wäre selbstverständlich auch die Erfüllung der kulturellen Aufgaben des Theaters wesentlich beeinträchtigt, zumal gerade gewisse für die Volksbildung nicht bedeutungslose Kreise von seinem Besuch aus Mangels an den erforderlichen Mitteln ausgeschlossen blieben.

Es sind weiter Berechnungen darüber angestellt worden, wie hoch die Eintrittspreise gestellt werden müssten, wenn für Theater und Orchester insgesamt nur ein staatlicher Zuschuß von 1.500.000 Mark, also unzureichend wie für das laufende Jahr angenommen war, in Betracht kämen. Unter der Voraussetzung, daß der Besuch sich auf der gegenwärtigen Höhe hält, wären für die Oper Preise von 7, 12, 20, 27, 33, 42 und 52 Mark für die heut bestehenden Platzgruppen in Aussicht zu nehmen; für das Schauspiel würden sie auf 6, 10, 16, 22, 27, 33 und 38 Mark zu bemessen sein. Wenn demgegenüber vielleicht darauf hingewiesen werden kann, daß die meisten Bühnen in Berlin, Hamburg, Wiesbaden, München und einigen anderen Großstädten noch erheblich über diese Preise hinweggehen, so darf doch nicht gut übersehen werden, daß diese Städte infolge ihres starken Fremdenverkehrs und ihrer verhältnismäßig umfangreichen gut situierten Oberschicht ein genügend zahlreiches Publikum für den Theaterbesuch zu stellen vermögen. Lübeck wird das schwerlich können. Es müßte deshalb mit einem verringerter Besuch gerechnet werden. Der bisherige, künstlerisch und wirtschaftlich außerordentlich umsichtige und beschierte Direktor des Lübecker Stadttheaters würde unter solchen Umständen, wie er der Theaterbehörde erklärt hat, nicht in der Lage sein, den Theaterbetrieb unter seiner finanziellen Verantwortung weiter zu führen, wenn ihm auferlegt werden sollte, die vorstehend genannten Eintrittspreise zu nehmen. Frühere Verhandlungen mit erfahrenen auswärtigen Bühnenleitern bestärken die Theaterbehörde in der Hoffnung, daß es unmöglich wird, einen Leiter für das Lübecker Stadttheater zu gewinnen, der unter diesen Bedingungen geneigt wäre, das Amt für den Betrieb zu übernehmen. Die Theaterbehörde kann sich daher nicht entziehen, die Erhöhung der Eintrittspreise in der vorbezeichneten Weise in Aussicht zu nehmen.

Um keine Möglichkeit unbeachtet zu lassen, die etwa zu einer Herabminderung des für den Theaterbetrieb erforderlichen Zuschusses aus Staatsmitteln führen könnte, wurde auch die Frage geprüft, wie hoch die Beihilfe sein müßte, wenn der Theaterbetrieb nur auf das Schauspiel beschränkt würde. Eingehende Darlegungen des Leiters unserer Bühne haben ergeben, daß auch dann noch eine Zubuhr von ca. 1.808.000 Mark erforderlich wäre. Die Ausschaltung der Oper und Operette wäre aber gleichbedeutend mit der Vernichtung des Orchesters und der Aufgabe der Pflege guter Konzertmusik. Der Verlust an Kulturstellung, den dadurch die Lübecker Bevölkerung erleidet, ist selbstverständlich in Rücksicht nicht ausdrücken. Dass ferner dadurch das Ansehen unseres Staates ungünstig berührt wird, dürfte auger Frage stehen. Eine Wiederholung der künstlerischen Veranstaltungen der „Nordischen Woche“, die im September 1921 bei den in- und ausländischen Besuchern die allerbesten Eindrücke hinterließen, wie die Berichte in der deutschen und nordischen Presse zeigen, wäre ja gut wie ausgeschlossen. Deshalb kann die Theaterbehörde nur als Beschränkung des Theaterbetriebes auf das Schauspiel nur als einen Notbehelf empfehlen für den Fall, daß man unbedingt die Oper aus Ersparnisgründen aufgeben will.

Wie sich unter solchen veränderten Umständen der Theaterbesuch entwideln würde, kann jetzt natürlich nicht gezeigt werden. Zurzeit finden die Schauspielleistungen im Publikum ein bemerkenswertes und lebhafte Interesse, das man ihnen hier in früheren Jahren nicht entgegenbrachte. Ob es aber auch dann in dem heutigen Umfang anhalten wird, wenn nur diese Gattung gepflegt wird, ist mindestens unklar und bleibt abzuwarten. Auch die Beteiligung am Abonnement könnte leiden. Der vorgeholtene Zuschuß wäre jedoch schon erforderlich bei einem ungewöhnlichen gegenwärtigen Verhältnissen entsprechenden Besuch.

Die Tatsache, daß eine Stabilisierung unseres Wirtschaftslebens, die im Herbst in Aussicht zu stehen schien, noch immer nicht eingetreten ist und auch sobald nicht zu erwarten ist, daß vielmehr die Schwankungen, die alle Berechnungen und Pläne über den Haufen werfen, größer denn je geworden sind, hat die Theaterbehörde veranlaßt, sich mit der Frage zu beschäftigen, ob es danach überhaupt zu rechtfertigen ist, heute einen Mann, nämlich dem Theaterdirektor, wenigstens formell das ganze finanzielle Risiko für den Theaterbetrieb aufzuerlegen. Das Theater ist kein Geschäft, sondern eine kulturelle Institution, die unter behördlicher Aufsicht steht und sich fernzuhalten hat von allen Darbietungen, die unter Aufsicht künstlerischer Interessen nur auf den Erwerb gerichtet sind. Der Direktor hat danach gar keine Möglichkeit, die laminenartig anschwellenden Ausgaben etwa durch vermehrte Einnahmen wieder auszugleichen, die ihm möglicherweise Reizen. Der Hühnerhof und ähnliche Stücke bringen können. In seiner Preispolitik ist er ebenfalls durch die verschiedensten Umstände beschränkt. Treten an ihn Forderungen des Personals heran, deren Erfüllung nicht zu umgehen ist und die ihm von der Theaterbehörde empfohlen wird, so kann er ihnen nur entsprechend in der Annahme, daß schließlich doch der Staat ihm Beistand gewährt. Er selbst muß damit rechnen, nach einer von ihm in seiner Eigenschaft als Direktor künstlerischer Oberleiter und nicht selten als Darsteller geleisteten, das normale Maß weit übersteigenden Tätigkeit nicht nur völlig leer auszugehen, sondern ebenso noch den etwa entstehenden Verlust zu ertragen. Ein Nachverhältnis, wie es in normalen Zeiten bestand, ist gegenwärtig beim Theater nicht möglich. Der Nachvertrag läßt sich einfach nicht immer innerhalten; er wird durch die Macht der harten Tatsachen durchlöchert. Deshalb haben fast alle deutschen gemeinnützigen Theaterr das Nachstinken wenigstens vorläufig ausgegeben und sind dazu übergegangen, für ihre Bühnen einen Leiter gegen ein festes Gehalt anzustellen, der genau dieselben Funktionen zu erfüllen hat, wie früher der Pächter. Auf solche Weise ist ein Aussieg getreten worden, der für beide Teile, den Bühnenleiter und die Länder resp. Städte, gängig erscheint und für die letzteren seine größere Belastung als unter dem früheren System bedeutet, wenn man bisher den Pächter nicht für die Folgen von ihm nicht abhängiger Ercheinungen, wie Teverungswellen usw., haftbar mache.

Bei der Instellung des Theaterleiters gegen ein festes Gehalt hat die Behörde resp. die Finanzverwaltung es in der Hand, die Eintrittspreise so festzulegen, wie sie dieselben nach dem vorliegenden Geldwert als angemessen und zweitmäßig erachtet. Der Theaterleiter wird seine Bedenken zurückstellen müssen, da ja ein

Eine dunkle Tat.

Roman von Levin Schüßling.

34. Fortsetzung.

„Und was Wendels betrifft, um dessen willen Ihr mich scheltest.“ unterbrach sie ihn, „so dacht' ich nicht, daß er Euch davon sagen würde, da er Euch gar nicht Freund ist; aber ich mußte ihm alles sagen, er ist unser Oberhaupt und hat gewisse Sprüche, mit denen er uns alles abfragt kann. Wir müssen dann tun, was er immer will. Mehr darf ich Euch nicht sagen. Seht will ich gehen.“

Leone stemmte den Arm auf die Kissen, legte die Wange auf die flache Hand und blickte in Bernhards aufgerichtetes und freundstrahlendes Antlitz. Es wurde so still in der Kammer, daß man beider Herzen pochen hörte. Das Bernhards schlug in einer berausenden Freude; das Lenes häupte vor Schmerz belastet, so voll bitteren Gefühls von ewiger Unseligkeit, daß es matt und wieder mit heftigem Zucken gegen die Gewalt anarbeitete, die es zu zerstrengen drohte. Der Schmerz war zu groß; ein Ausdruck von Abgespanntheit und geduldiger Apathie bejähigte ihre Züge.

„Mädchen, wie siehst du mich so traurig an?“ Bernhard ergriff ihre Hand und drückte sie mit dem gutmütigen, aber sogleich Trost: „Sei nicht so traurig! ich will alles tun, was ich kann, um dich glücklich zu machen — du sollst nur verlangen dürfen, was du wünschst — sei nicht so traurig, Leone; aber in der Tat, jetzt muß du gehen.“

„Herr, Ihr treibt so — denkt, es säge einer im Starrkampf im Sarge; würdet Ihr so treiben, daß nur der Deckel zugemagst würde?“

Sie erhob sich, nahm die Lampe und ging leise aus der Kammer.

Ihre traurigen Worte hatten Bernhards Freude gedämpft; bald aber gewann diese mit einem angemessenen Entzücken wieder die Oberhand; er war also nicht der Sohn, der Bastard Katterbachs, wie dieser ihm an jedem Abende im Walde auseßlöst hatte. Wie eine Zentnerlast fiel es ihm vom Herzen! Er schaute durch die Fenster, ob es nicht bald toge; mit dem ersten Sonnenstrahl wollte er zum Schlosse hinauf, um eines von Herrn von Kronecks Pferden zu entleihen, dann windig hell nach Bebenburg, um in den Besitz der Dokumente zu kommen — seine Gedanken flogen den Hüten seines gespornten Gaules vor — über die Heide zum Stiffe, zu Katharinen — er sah sich vor ihr stehen, zitternd, atemlos, keine Urkunde in der Hand — er sah, er fühlte sie in seinen Armen liegen. „O Gott, o Gott, wie kann ein Mensch doch glückselig sein!“ jubelte er auf und schlug dann still die Hände zusammen, als ob er beten wolle. Ein Hüten könnte von jenseits der Küste durch die nördliche Stille. Es war Margaret.

„Meine Mutter!“ stammelte Bernhard betroffen, „ich denke nicht mehr an sie, noch an die arme Leone. Was soll aus meiner Mutter werden? — Sie habe mich gestohlen, lagte Leone — Herr des Himmels, es geht nicht!“

Er sank in die Kissen zurück, seine Brust wogte, von einem gewaltsamen Atem bewegt, leuchtend auf und ab — er rang mit sich in einem innern Kampfe, der ihm den Schweiß auf die Stirne trieb. Eine Schar von unseligen Gedanken lugte durch sein fiebendes Hirn; seine Mutter hatte ihn seinen Eltern genommen — weshalb — konnte sie einen anderen Grund gehabt haben, als ihn dem geheimnisvollen, aber sicher tödlichen Verhängnis zu entziehen, das die andern Kinder der Schlemminchen Familie, sein älteres Brüderchen und seine Schwester betroffen? Er dankte ihr das Leben also — nur ihr, glaubte er; sie hatte ihn wie ihr eigenes Kind groß gezogen — sie hatte alle die ungängliche Last auf sich genommen, welche die Erziehung eines hilflosen Geschöpfes einer Mutter ausbüdet — gegen ein fremdes Kind hatte sie alle die Geduld, die hegende und pflegende Sorgfalt geübt — er mußte ihr ja doch mehr dankbar sein als einer rechten Mutter. Und nun, was sollte aus ihr werden, wenn er mit seinen Ansprüchen hervortrat? Würde die Welt, würden die Gerichte glauben? Würde es nicht heißen, sie habe, von Katterbach bestochen, ihn unterzuschlagen? Würde Herr von Driesch, der sie nicht leiden möchte, den Umstand verschweigen, daß sie Geld von jenem bezogen habe, und wenn der auch, würden es die Domestiken, die alle es erfaßt und gewiß schon längst ein Gerote in der Gegend von Bebenburg daraus gemacht? Würde es nicht heißen, wenn Margaret ihn aus bloßer Fürsicht seinen Eltern entzogen habe, weshalb sie denn nicht jetzt, nun er erwachsen sei, das Geheimnis entdeckt habe, um die Güter nicht in fremde Hände kommen zu lassen?

Diese Frage machte ihn einen Augenblick stutzig und ließ einen Schatten von Argwohn gegen Margaret in ihm selber aufsteigen. Aber Margaret, sagte er sich wieder, hing mit einer so mütterlichen Zärtlichkeit an ihm; er war ihre einzige Freunde, die sie auf der Welt hatte; gewiß war es ihr unmöglich, sich von ihm zu trennen und ihre Mutterrechte an ihm aufzugeben; sie war eine alte Frau, die nicht lange mehr zu leben hatte und wahrscheinlich gedachte, auf ihrem Tochters Bett ihr die Papiere auszuhändigen. Sie hatte freilich fortwährend Geld von Katterbach bezogen; aber es war ja eine Pension, die ihr auf die Güter verzichet, wie sie ihm oft gesagt, obwohl er nicht recht begriffen, weshalb sie gegen andre ein Geheimnis daraus gemacht hatte; und er wußte zudem, daß sie nichts davon für sich behalten, sondern es gäbe für seine Studien verwandt habe. — Die arme alte Frau, wenn es möglich sei, sie den Gerichten zu entziehen, sollte er sie vor der ganzen Welt prostituiert? Und es war auch nicht möglich, sie den Gerichten zu entziehen; seine Ansprüche ließen sich sicherlich nicht ohne Rechtsbehelf und ohne Zeugnis durchsetzen. — Es war unmöglich, es konnte ihr den Hals kosten!

Bernhard war aus allen seinen Glücksträumen niedergestürzt und fühlte sich wieder so arm, so verlassen wie früher. Nur eine

Hoffnung tauchte in ihm auf, die er sich im nächsten Augenblide jedoch zum Vorwurfe mache; aber dennoch blieb sie: Margaret ionnte bald sterben. Dann wollte er auftreten mit seinen Ansprüchen — aber dann, wie vieles konnte sich geändert haben bis dahin? Würde Katharina dann nicht lügen vergessen haben?

Er drückte schluchzend sein Gesicht in die Kissen. Dann bestürmte ihm ein anderer Gedanke: war er nicht vielleicht Katharina, ihrer Liebe zu ihm, schuldig, daß er hervortrete und ein Geheimnis enthülle, von dessen Entdecken vielleicht auch ihr Glück abhängt? — Ach Gott — war er ihrer Liebe sicher? War er nicht ein Tor, ein vernissener Gesetz, den sie mit ihrem Zorn, ja mit ihrer Verachtung bedrängt, wenn er es sich einfallen lasse zu glauben, sie liebe ihn anders, wie ihn eine Verwandte liebt? Sie war so alt und holz an ihm vorübergeritten — Bernhard sank in seine Verzweiflung zurück, als er daran dachte: Aber sein Entschluß stand fest und unerschütterlich. Er wollte seine Pflicht tun gegen die, welche ihm das Leben am nächsten gestellt. Er wollte fürs erste abwarten, ob der Mensch, der ihn in der Entenklüte aufgesucht, ihm die Papiere nach dem Ablauf, der versprochenen Zeit überzeuge; wenn nicht, wollte er sich selber auf den Weg machen, um sie in Sicherheit zu bringen.

Der Morgen dämmerte. Bernhard hatte sich erhoben und schritt in seinem Zimmer auf und ab; als die Sonne emporstieg und die ersten Strahlen durch das Fenster in sein blaßes resigniertes Gesicht fallen ließ, hörte er Margaret rufen. Lenes Stimme antwortete nicht wie sie pflegte, wenn Margaret um diese Zeit nach ihren Dienstleistungen verlangte. Er ging, um Leone zu wecken — aber ihre Kammerluft stand offen, Leone war fort; ein Teil ihrer Habseligkeiten war mit ihr verschwunden, der andere lag in ein Bündel zusammengeklungen auf ihrem Tische.

„Was habt ihr miteinander gehabt?“ fragte Margaret, als sie es hörte, mit einer scharfen und etwas zornigen Betonung, während sie Bernhard schaute ins Gesicht sah.

„Nichts, Mutter!“

„Nichts? Solch ein Nichts ist eine hinreichende Antwort; geht, ich will austreten, sezt mir erst den Schemel hierher vors Bett, so! — Es ist vielleicht gut, daß die Dirne fort ist,“ murmelte sie, als Bernhard aus der Kammer war.

Bernhard war es schwer geworden, das Wort Mutter über seine Lippen zu bringen. Alles um ihn, Margaret fremd und falt, das Haar wie ausgestorben; es war ihm stark zumut. Die acht Tage, binnen welcher Wendels wiederkommen wollte, schlichen so träge an ihm vorüber, wie ebensoviel Wunden, er war jeden Abend an der Waldsapelle oben — aber Wendels kam nicht; weder von ihm noch Leone war eine Spur zu entdecken.

Verlobung folgt.

möglichster Mißerfolg ihn nicht persönlich berührt. Wenn man kein Interesse an dem guten finanziellen Ergebnis des Theaters nach streichen will, so kann das dadurch erreicht werden, dass man ihn pemphäisch an einem etwaigen Überschuss oder an den Erlösen aus den pehmäischen, die bei den für den Theaterbetrieb eingeworfenen Summen genaht werden, beteiligt.

Sollten die gesagten Körperschaften nicht geneigt sein, die angeforderte Summe für den Theaterbetrieb und die Aufrechterhaltung des Orchesters unter Beibehaltung des jüngst bestehenden Nachtheimittels zu bewilligen, sondern in leichtem auf Grund vorliegender Vorlegungen eine Rendition für zweimalig halten, so empfiehlt die Theaterbehörde zunächst auf drei Jahre die Anstellung des Herrn von Bongard als Theaterleiter mit festen Bezahlungen. Die Begründung dafür ist vorzüglich gegeben. Die dreijährige Anstellung würde zugleich bedeuten die Aufrechterhaltung des Theaterbetriebes für die nächsten drei Jahre, falls nicht besonders ungünstige Umstände eintreten. Das gegenwärtige Verfahren, alljährlich in der zweiten Hälfte der Spielzeit darüber Beschluss zu fassen, ob und in welchem Umfang der Theaterbetrieb in dem wenigen Monate einzunommen werden soll, hat sich als nachteilig für die künstlerischen Qualitäten mancher Darbietungen erwiesen. Das Engagement von Künstlern, die den berechtigten hohen Ansprüchen genügen, ist dadurch außerordentlich erschwert. Die hier bewährten Künstler, die man gerne halten möchte und die gewillt sind, hier zu bleiben, können nicht rechtzeitig reagiert werden; sie sind genötigt nach auswärts abzuschleichen, weil sie der hiesige Bühnenleiter noch nicht verpflichtet kann. Das besteht für sowohl auf Solisten, als auf Chor und Orchester. Da der Theaterbesuch auch durch die Güte des Geboten beeinflusst wird, so liegt es auch mit im finanziellen Interesse des Staates, dass der Theaterleiter in den Stand gesetzt wird, rechtzeitig mehrjährige Verträge mit tüchtigen und beliebten Künstlern abzuschließen zu können. Die Theaterbehörde hält sich für verpflichtet, hierauf mit dem gehörenden Nachdruck aufmerksam zu machen und einzutragen, durch geeignete Maßnahmen hier eine Rendition herbeizuführen.

Auf Sparmaßte Wirtschaft und Förderung der Frequenz des Theaters ist wie bisher auch in Zukunft das allergrößte Gewicht zu legen. Nur dadurch war es möglich und wird es weiter möglich sein, mit den nach Lage der Dinge möglichen Zuflüssen auszukommen. Wie eine Umfrage ergab und mündliche Verhandlungen mit Bühnenleitern und Stadtvertretern aus einer ganzen Reihe benachbarter Städte bestätigen, steht Lübeck bezüglich der Auswendungen aus öffentlichen Mitteln für Orchester und Theater fast noch verhältnismäßig günstig da. Kiel, Schwerin, Rostock, Bremen, Neustrelitz, um nur einige Orte herauszuziehen, wenden dafür weit mehr auf und beachtlicher nicht, diese Institutionen eingehen zu lassen.

Bezüglich des Orchesters ist noch zu bemerken, dass die Gehälter der Musiker nach der Gruppe 6 der Befreiungsordnung in Aussicht genommen sind. Das diese Einführung zu hoch ist, dürfte wohl nicht behauptet werden können; sie bleibt hinter denjenigen in manchen anderen Städten noch zurück. Für die Erhöhung der Konzert-Eintrittspreise gilt das, was über die Theaterpreise gesagt wurde, in verstärktem Maße. Hier liegt die Gefahr, dass durch die zu große Steigerung der Eintrittspreise der Besuch leicht sehr nahe. Deshalb ist nun eine mögliche Erhöhung geplant.

Über die Aufwendungen, welche der Staat Lübeck zu machen hat, wenn das Stadtheater nicht eröffnet wird, hat das Budget auf Anfordern einen Bericht erstattet, der als Anlage beigeholt ist. Danach belaufen sich die Gesamtausgaben bei Theaterfölkern im kommenden Jahr auf rund 630000 Mark.

Die Theaterbehörde bittet unter Berücksichtigung vorliegender Darlegungen, hoher Senat wolle sich zulässig erläutern und bei der Bürgerschaft die Rüfungserlaubnis beantragen:

1. dass der Vorschlag der Theaterbehörde für 1922/23 zugetheilt wird und die für die Durchführung des Theaterbetriebes vom 1. Juli 1922 bis Ende Mai 1923 erforderliche Summe von 2084237,30 M. zur Verfügung gestellt wird;
2. dass für den Weiterbestand des Lübeder Stadtheaters- und Sinfonie-Orchesters während des gleichen Zeitraumes 100000 M. bereitgestellt werden;
3. dass die vorliegenden Anträge ungefähr und schon vor dem allgemeinen Haushaltsspiel verabschiedet werden, um der Theaterbehörde die Möglichkeit zu geben, die nötigen Vorbereitungen für die nächste Spielzeit treffen zu können.

Zur Lohnbewegung der Werftarbeiter.

Bei den letzten Verhandlungen am 14. Februar in Hamburg wurden von den Unternehmern folgende Angeständnisse gemacht: Mit Wirkung vom 1. 3. 22 ab werden die Löhne für sämtliche über 20 Jahre alten Arbeiter ausgenommen die unter D. 9 befindet. Die für verheiratete Arbeiter, sowie für Lebige über 25 Jahre bisher in Höhe von 30 Pf. je sechsmonatigen Zulagen werden um 30 Pf. auf 50 Pf. die Kinderzulagen von 10 auf 20 Pf. pro Stunde erhöht. Die Verhandlungskommission der Werftarbeiter hatte die Unternehmer daraus einverstanden gemacht, es werden, wenn bessere Angebote erfolgen würden. (Vorbericht wurde eine Stundenlohnsteigerung von 3 Pf.) Das Industrieamt der Unternehmer sollte am Mittwoch, 22. Februar, auf den Wertesatz zur Abstimmung gebracht werden; danach die Verhandlungskommission mit den Zentralvorständen der Werftarbeiterorganisationen am 17. Februar in Berlin die Situation eingehend besprochen hatte, einige von ihnen, noch einen leichten Verlust zu machen und das Reichsarbeitsministerium zur Vermittlung einzutragen. Das Friedgericht ist nun am Donnerstag, dem 25. Februar, in Hamburg insen und wird es vor ihm abhängen, ob der Kampf in der Werftindustrie zu vermeiden ist oder nicht.

Die letzte Streitbewegung der Reisenbahner.

Im Kongresshaus Lübeck stand am Freitag eben eine offizielle Eisenbahnerversammlung statt, welche vom Deutschen Eisenbahner-Bund, Ortsgruppe Lübeck, einberufen war. Das Referat hatte Kollege Jahn-Berlin übernommen, welcher einleitend auf die vom 20. Januar verabschiedeten Eisenbahnverträge, den festigen Stand der Verhandlungen über Wirtschaftsziele und Verantwortungsmaut, sowie auf den Stand des Streits der Reichsverwaltung eingehend. Dieser Streit war von vornherein zur Scheiterung verurteilt, weil der Nordost nicht nach gewerkschaftlichen Grundsätzen handelte. Am 24. Januar schloss er den Streit und gleichzeitig wurde der Regierung ein dringliches Ultimatum gesetzt. Die Regierung ihrerseits hatte eine gute Weise in der Hand, um alle Streitfragen zu beruhigen und alle Maßnahmen zu treffen, um einen endgültigen Streit zu verhindern. Die R. G. hatte aber ihre Forderungen der praktischen auf die politische Basis verlegt. Der Vorstand der R. G. soll den Streit beilegen, bevor aber nicht den Rat, sofort zu berufen. Was heißt es darf nicht zur Zeitmeise für mich den D. E. B. in Schleswig anlegen, um gemeinsam einzugehen. Sie hatten nur ein Ziel im Auge, die Beamten nicht, nur ich zu sagen. Bei dem Streit befand meine Befürchtung zwischen Versetzung von R. G. W. deshalb richtig, dass dies die ersten Stufen, was beim Vorstand der R. G. bezog. Es liegen Denkschriften im Korpus und es kommt zu einem Erfolg des Streits nicht gedacht werden. Als besondere Bereiche kann nur die Erhöhung des Grundgehalts und das Arbeitsprinzip angesehen. Das wollte ich auch die Arbeitssatz in der R. G. mit einschieben und es hätte die R. G. eine große Erfolgsaussicht, wenn Arbeitnehmer nur genau zur Lohnen spannen lassen. Das die Gehälter und Löhne erhöht werden müssen, steht wohl außer Zweifel, aber es fragt sich, wie die Mittel aufgebracht werden sollen. Die außenpolitische Lage dient mir nicht beiseite zu legen, wenn wir wertvolle Arbeit verzichten wollen. Die R. G. stellt sich ja immer auf den Boden der Neutralität, deshalb nimmt es auch nicht Wunder, wenn in einer Situation (Streit) sie sich wie hilflose Kinder bezeichnen. Als der Streit im Garage war, erkannten auch die Hörer der R. G., dass nichts ohne den Eisenbahnerarbeiter durchzuführen ist und erkannten ihre Schwäche. Das nun Mitglieder des D. E. B. die Arbeit verweigerten, war eine große Unterstreichung für die R. G. Der Streit wurde dann von der R. G. abgebrochen und noch wenigen Stunden ließ man die Verhandlungen fallen und verlangte nur die Beleidigung der Disziplinarstrafen. Der D. E. B. hatte bereits dem Reichskabinett einen Antrag unterbreitet, das Magazinvergütungen überhaupt nicht vorzunehmen werden sollten. Da wurde von der Regierung erklärt, dass die R. G. ihrer Richtlinien aufgestellt hat, dass keine Massendisziplinierungen vorkommen sollen. Der Antrag des D. E. B. hatte Aussicht auf Erfolg, aber die Reichs-Gewerkschaftsführer hatten es nicht verstanden, sich an die anderen Gewerkschaftsführer zu wenden, welche auf dem Gebiete der Gewerkschaftsbewegung Erfahrungen haben. Nachdem die Richtlinien angenommen sind, verloren nun die Amisvorsteher alle unschuldigen Beamten zu entlassen oder zu bestrafen. Wenn immer von politisch neutralen R. G. gesprochen wird, so muss einmal festgestellt werden, dass auch Mitglieder der Reichsgewerkschaft im Parlament parteipolitische Tendenzen wahnehmen. Zum Schluss erklärte der Referent, dass nicht Eisenbahner erst zur Verunsicherung kommen müssten, dass nicht einzelne Verbände durch Sonderbündeleien die Interessen der Eisenbahner vertreten können, sondern nur eine Einheitsorganisation, wo alle Eisenbahner organisiert sind. Dieses kann nur vom D. E. B. erreicht werden. In der Aussprache vertret Herr Waldmann an, Mitglied der Reichsgewerkschaft, den Standpunkt seiner Organisation. Er erlaubte sich große Dreistigkeit und warf dem Referenten vor, dass er verhörendlich die Unwahrheit gesagt hat. Herr Waldmann widersprach sich aber selber und verwies sich in Widersprüche. Seine Rede las er ab. Er gab darin die Erklärung ab, dass der Streit berechtigt war und zweitens gab er zu, dass sie garnicht streiten wollten, sondern nur durch das Ultimatum die Regierung zwingen wollten, in Verhandlungen zu treten. Er stammelte noch weiter, die Beamten möglichen sich dem nationalen Bund der Beamten in Lübeck anzuschließen. In der Aussprache beteiligten sich noch die Kollegen Timme, Höppner und Koschöhn und verurteilten den Streit der R. G. In Schlusswort gab der Kollege Jahn, Herr Waldmann fast die richtige Ausklärung und widerlegte in vorzülicher Weise die Verdrehungen und Verleumdungen, die Herr Waldmann vorgelesen hat und verwies darauf, dass man als hilfloses Kind keine Politik betreiben soll. Daraus munterte Kollege Jahn alle auf, sich eigner zusammenzuschließen, denn nur dadurch stellen wir eine Macht dar und wir Eisenbahner kommen "adich vorwärts".

Bezüglich des Orchesters ist noch zu bemerken, dass die Gehälter der Musiker nach der Gruppe 6 der Befreiungsordnung in Aussicht genommen sind. Das diese Einführung zu hoch ist, dürfte wohl nicht behauptet werden können; sie bleibt hinter denjenigen in manchen anderen Städten noch zurück. Für die Erhöhung der Konzert-Eintrittspreise gilt das, was über die Theaterpreise gesagt wurde, in verstärktem Maße. Hier liegt die Gefahr, dass durch die zu groÙe Steigerung der Eintrittspreise der Besuch leicht sehr nahe. Deshalb ist nun eine mögliche Erhöhung geplant.

Über die Aufwendungen, welche der Staat Lübeck zu machen hat, wenn das Stadtheater nicht eröffnet wird, hat das Budget auf Anfordern einen Bericht erstattet, der als Anlage beigeholt ist. Danach belaufen sich die Gesamtausgaben bei Theaterfölkern im kommenden Jahr auf rund 630000 Mark.

Die Theaterbehörde bittet unter Berücksichtigung vorliegender Darlegungen, hoher Senat wolle sich zulässig erläutern und bei der Bürgerschaft die Rüfungserlaubnis beantragen:

1. dass der Vorschlag der Theaterbehörde für 1922/23 zugetheilt wird und die für die Durchführung des Theaterbetriebes vom 1. Juli 1922 bis Ende Mai 1923 erforderliche Summe von 2084237,30 M. zur Verfügung gestellt wird;
2. dass für den Weiterbestand des Lübeder Stadtheaters- und Sinfonie-Orchesters während des gleichen Zeitraumes 100000 M. bereitgestellt werden;
3. dass die vorliegenden Anträge ungefähr und schon vor dem allgemeinen Haushaltsspiel verabschiedet werden, um der Theaterbehörde die Möglichkeit zu geben, die nötigen Vorbereitungen für die nächste Spielzeit treffen zu können.

Zur Lohnbewegung der Werftarbeiter.

Bei den letzten Verhandlungen am 14. Februar in Hamburg wurden von den Unternehmern folgende Angeständnisse gemacht: Mit Wirkung vom 1. 3. 22 ab werden die Löhne für sämtliche über 20 Jahre alten Arbeiter ausgenommen die unter D. 9 befindet.

Die für verheiratete Arbeiter, sowie für Lebige über 25 Jahre bisher in Höhe von 30 Pf. je sechsmonatigen Zulagen werden um 30 Pf. auf 50 Pf. die Kinderzulagen von 10 auf 20 Pf. pro Stunde erhöht. Die Verhandlungskommission der Werftarbeiter hatte die Unternehmer daraus einverstanden gemacht, es werden, wenn bessere Angebote erfolgen würden. (Vorbericht wurde eine Stundenlohnsteigerung von 3 Pf.) Das Industrieamt der Unternehmer sollte am Mittwoch, 22. Februar, auf den Wertesatz zur Abstimmung gebracht werden; danach die Verhandlungskommission mit den Zentralvorständen der Werftarbeiterorganisationen am 17. Februar in Berlin die Situation eingehend besprochen hatte, einige von ihnen, noch einen leichten Verlust zu machen und das Reichsarbeitsministerium zur Vermittlung einzutragen. Das Friedgericht ist nun am Donnerstag, dem 25. Februar, in Hamburg insen und wird es vor ihm abhängen, ob der Kampf in der Werftindustrie zu vermeiden ist oder nicht.

Die letzte Streitbewegung der Reisenbahner.

Im Kongresshaus Lübeck stand am Freitag eben eine offizielle Eisenbahnversammlung statt, welche vom Deutschen Eisenbahner-Bund, Ortsgruppe Lübeck, einberufen war. Das Referat hatte Kollege Jahn-Berlin übernommen, welcher einleitend auf die vom 20. Januar verabschiedeten Eisenbahnverträge, den festigen Stand der Verhandlungen über Wirtschaftsziele und Verantwortungsmaut, sowie auf den Stand des Streits der Reichsverwaltung eingehend. Dieser Streit war von vornherein zur Scheiterung verurteilt, weil der Nordost nicht nach gewerkschaftlichen Grundsätzen handelte. Am 24. Januar schloss er den Streit und gleichzeitig wurde der Regierung ein dringliches Ultimatum gesetzt. Die Regierung ihrerseits hatte eine gute Weise in der Hand, um alle Streitfragen zu beruhigen und alle Maßnahmen zu treffen, um einen endgültigen Streit zu verhindern. Das wollte ich auch die Arbeitnehmer nur ein Ziel im Auge, die Beamten nicht, nur ich zu sagen. Bei dem Streit befand meine Befürchtung zwischen Versetzung von R. G. W. deshalb richtig, dass dies die ersten Stufen, was beim Vorstand der R. G. bezog. Es liegen Denkschriften im Korpus und es kommt zu einem Erfolg des Streits nicht gedacht werden. Als besondere Bereiche kann nur die Erhöhung des Grundgehalts und das Arbeitsprinzip angesehen. Das wollte ich auch die Arbeitssatz in der R. G. mit einschieben und es hätte die R. G. eine große Erfolgsaussicht, wenn Arbeitnehmer nur genau zur Lohnen spannen lassen. Das die Gehälter und Löhne erhöht werden müssen, steht wohl außer Zweifel, aber es fragt sich, wie die Mittel aufgebracht werden sollen. Die außenpolitische Lage dient mir nicht beiseite zu legen, wenn wir wertvolle Arbeit verzichten wollen. Die R. G. stellt sich ja immer auf den Boden der Neutralität, deshalb nimmt es auch nicht Wunder, wenn in einer Situation (Streit) sie sich wie hilflose Kinder bezeichnen. Als der Streit im Garage war, erkannten auch die Hörer der R. G., dass nichts ohne den Eisenbahnerarbeiter durchzuführen ist und erkannten ihre Schwäche. Das nun Mitglieder des D. E. B. die Arbeit verweigerten, war eine große Unterstreichung für die R. G. Der Streit wurde dann von der R. G. abgebrochen und noch wenigen Stunden ließ man die Verhandlungen fallen und verlangte nur die Beleidigung der Disziplinarstrafen. Der D. E. B. hatte bereits dem Reichskabinett einen Antrag unterbreitet, das Magazinvergütungen überhaupt nicht vorzunehmen werden sollten. Da wurde von der Regierung erklärt, dass die R. G. ihrer Richtlinien aufgestellt hat, dass keine Massendisziplinierungen vorkommen sollen. Der Antrag des D. E. B. hatte Aussicht auf Erfolg, aber die Reichs-Gewerkschaftsführer hatten es nicht verstanden, sich an die anderen Gewerkschaftsführer zu wenden, welche auf dem Gebiete der Gewerkschaftsbewegung Erfahrungen haben. Nachdem die Richtlinien angenommen sind, verloren nun die Amisvorsteher alle unschuldigen Beamten zu entlassen oder zu bestrafen. Wenn immer von politisch neutralen R. G. gesprochen wird, so muss einmal festgestellt werden, dass auch Mitglieder der Reichsgewerkschaft im Parlament parteipolitische Tendenzen wahnehmen. Zum Schluss erklärte der Referent, dass nicht Eisenbahner erst zur Verunsicherung kommen müssten, dass nicht einzelne Verbände durch Sonderbündeleien die Interessen der Eisenbahner vertreten können, sondern nur eine Einheitsorganisation, wo alle Eisenbahner organisiert sind. Dieses kann nur vom D. E. B. erreicht werden. In der Aussprache vertret Herr Waldmann an, Mitglied der Reichsgewerkschaft, den Standpunkt seiner Organisation. Er erlaubte sich große Dreistigkeit und warf dem Referenten vor, dass er verhörendlich die Unwahrheit gesagt hat. Herr Waldmann widersprach sich aber selber und verwies sich in Widersprüche. Seine Rede las er ab. Er gab darin die Erklärung ab, dass der Streit berechtigt war und zweitens gab er zu, dass sie garnicht streiten wollten, sondern nur durch das Ultimatum die Regierung zwingen wollten, in Verhandlungen zu treten. Er stammelte noch weiter, die Beamten möglichen sich dem nationalen Bund der Beamten in Lübeck anzuschließen. In der Aussprache beteiligten sich noch die Kollegen Timme, Höppner und Koschöhn und verurteilten den Streit der R. G. In Schlusswort gab der Kollege Jahn, Herr Waldmann fast die richtige Ausklärung und widerlegte in vorzülicher Weise die Verdrehungen und Verleumdungen, die Herr Waldmann vorgelesen hat und verwies darauf, dass man als hilfloses Kind keine Politik betreiben soll. Daraus munterte Kollege Jahn alle auf, sich eigner zusammenzuschließen, denn nur dadurch stellen wir eine Macht dar und wir Eisenbahner kommen "adich vorwärts".

Die letzte Streitbewegung der Reisenbahner.

Im Kongresshaus Lübeck stand am Freitag eben eine offizielle Eisenbahnversammlung statt, welche vom Deutschen Eisenbahner-Bund, Ortsgruppe Lübeck, einberufen war. Das Referat hatte Kollege Jahn-Berlin übernommen, welcher einleitend auf die vom 20. Januar verabschiedeten Eisenbahnverträge, den festigen Stand der Verhandlungen über Wirtschaftsziele und Verantwortungsmaut, sowie auf den Stand des Streits der Reichsverwaltung eingehend. Dieser Streit war von vornherein zur Scheiterung verurteilt, weil der Nordost nicht nach gewerkschaftlichen Grundsätzen handelte. Am 24. Januar schloss er den Streit und gleichzeitig wurde der Regierung ein dringliches Ultimatum gesetzt. Die Regierung ihrerseits hatte eine gute Weise in der Hand, um alle Streitfragen zu beruhigen und alle Maßnahmen zu treffen, um einen endgültigen Streit zu verhindern. Das wollte ich auch die Arbeitnehmer nur ein Ziel im Auge, die Beamten nicht, nur ich zu sagen. Bei dem Streit befand meine Befürchtung zwischen Versetzung von R. G. W. deshalb richtig, dass dies die ersten Stufen, was beim Vorstand der R. G. bezog. Es liegen Denkschriften im Korpus und es kommt zu einem Erfolg des Streits nicht gedacht werden. Als besondere Bereiche kann nur die Erhöhung des Grundgehalts und das Arbeitsprinzip angesehen. Das wollte ich auch die Arbeitssatz in der R. G. mit einschieben und es hätte die R. G. eine große Erfolgsaussicht, wenn Arbeitnehmer nur genau zur Lohnen spannen lassen. Das die Gehälter und Löhne erhöht werden müssen, steht wohl außer Zweifel, aber es fragt sich, wie die Mittel aufgebracht werden sollen. Die außenpolitische Lage dient mir nicht beiseite zu legen, wenn wir wertvolle Arbeit verzichten wollen. Die R. G. stellt sich ja immer auf den Boden der Neutralität, deshalb nimmt es auch nicht Wunder, wenn in einer Situation (Streit) sie sich wie hilflose Kinder bezeichnen. Als der Streit im Garage war, erkannten auch die Hörer der R. G., dass nichts ohne den Eisenbahnerarbeiter durchzuführen ist und erkannten ihre Schwäche. Das nun Mitglieder des D. E. B. die Arbeit verweigerten, war eine große Unterstreichung für die R. G. Der Streit wurde dann von der R. G. abgebrochen und noch wenigen Stunden ließ man die Verhandlungen fallen und verlangte nur die Beleidigung der Disziplinarstrafen. Der D. E. B. hatte bereits dem Reichskabinett einen Antrag unterbreitet, das Magazinvergütungen überhaupt nicht vorzunehmen werden sollten. Da wurde von der Regierung erklärt, dass die R. G. ihrer Richtlinien aufgestellt hat, dass keine Massendisziplinierungen vorkommen sollen. Der Antrag des D. E. B. hatte Aussicht auf Erfolg, aber die Reichs-Gewerkschaftsführer hatten es nicht verstanden, sich an die anderen Gewerkschaftsführer zu wenden, welche auf dem Gebiete der Gewerkschaftsbewegung Erfahrungen haben. Nachdem die Richtlinien angenommen sind, verloren nun die Amisvorsteher alle unschuldigen Beamten zu entlassen oder zu bestrafen. Wenn immer von politisch neutralen R. G. gesprochen wird, so muss einmal festgestellt werden, dass auch Mitglieder der Reichsgewerkschaft im Parlament parteipolitische Tendenzen wahnehmen. Zum Schluss erklärte der Referent, dass nicht Eisenbahner erst zur Verunsicherung kommen müssten, dass nicht einzelne Verbände durch Sonderbündeleien die Interessen der Eisenbahner vertreten können, sondern nur eine Einheitsorganisation, wo alle Eisenbahner organisiert sind. Dieses kann nur vom D. E. B. erreicht werden. In der Aussprache vertret Herr Waldmann an, Mitglied der Reichsgewerkschaft, den Standpunkt seiner Organisation. Er erlaubte sich große Dreistigkeit und warf dem Referenten vor, dass er verhörendlich die Unwahrheit gesagt hat. Herr Waldmann widersprach sich aber selber und verwies sich in Widersprüche. Seine Rede las er ab. Er gab darin die Erklärung ab, dass der Streit berechtigt war und zweitens gab er zu, dass sie garnicht streiten wollten, sondern nur durch das Ultimatum die Regierung zwingen wollten, in Verhandlungen zu treten. Er stammelte noch weiter, die Beamten möglichen sich dem nationalen Bund der Beamten in Lübeck anzuschließen. In der Aussprache beteiligten sich noch die Kollegen Timme, Höppner und Koschöhn und verurteilten den Streit der R. G. In Schlusswort gab der Kollege Jahn, Herr Waldmann fast die richtige Ausklärung und widerlegte in vorzülicher Weise die Verdrehungen und Verleumdungen, die Herr Waldmann vorgelesen hat und verwies darauf, dass man als hilfloses Kind keine Politik betreiben soll. Daraus munterte Kollege Jahn alle auf, sich eigner zusammenzuschließen, denn nur dadurch stellen wir eine Macht dar und wir Eisenbahner kommen "adich vorwärts".

Die letzte Streitbewegung der Reisenbahner.

Im Kongresshaus Lübeck stand am Freitag eben eine offizielle Eisenbahnversammlung statt, welche vom Deutschen Eisenbahner-Bund, Ortsgruppe Lübeck, einberufen war. Das Referat hatte Kollege Jahn-Berlin übernommen, welcher einleitend auf die vom 20. Januar verabschiedeten Eisenbahnverträge, den festigen Stand der Verhandlungen über Wirtschaftsziele und Verantwortungsmaut, sowie auf den Stand des Streits der Reichsverwaltung eingehend. Dieser Streit war von vornherein zur Scheiterung verurteilt, weil der Nordost nicht nach gewerkschaftlichen Grundsätzen handelte. Am 24. Januar schloss er den Streit und gleichzeitig wurde der Regierung ein dringliches Ultimatum gesetzt. Die Regierung ihrerseits hatte eine gute Weise in der Hand, um alle Streitfragen zu beruhigen und alle Maßnahmen zu treffen, um einen endgültigen Streit zu verhindern. Das wollte ich auch die Arbeitnehmer nur ein Ziel im Auge, die Beamten nicht, nur ich zu sagen. Bei dem Streit befand meine Befürchtung zwischen Versetzung von R. G. W. deshalb richtig, dass dies die ersten Stufen, was beim Vorstand der R. G. bezog. Es liegen Denkschriften im Korpus und es kommt zu einem Erfolg des Streits nicht gedacht werden. Als besondere Bereiche kann nur die Erhöhung des Grundgehalts und das Arbeitsprinzip angesehen. Das wollte ich auch die Arbeitssatz in der R. G. mit einschieben und es hätte die R. G. eine große Erfolgsaussicht, wenn Arbeitnehmer nur genau zur Lohnen spannen lassen. Das die Gehälter und Löhne erhöht werden müssen, steht wohl außer Zweifel, aber es fragt sich, wie die Mittel aufgebracht werden sollen. Die außenpolitische Lage dient mir nicht beiseite zu legen, wenn wir wertvolle Arbeit verzichten wollen. Die R

Hotels, Restaurants, Cafes,
Veranstaltungen.

Hotel Viktoria Fernruf 452.
Gegenüber dem Bahnhof.

Hotel International Neues
Haus am Bahnhof. Fernruf 707 und 789.

Hotel Stadt Hamburg Weinrestaurant. Von 8 Uhr an Künstlerkonzert.

Gewerkschaftshaus Johannisstraße, Fernruf 225. Verkehrslokal der sämtlichen Gewerkschaften.

L. Hanschiens Restaurant, F. 8636. Wener Krabbenbuden 2. Tägl. musikalische Unterhaltung. Mittagsfisch 12-2. Abendisch 6-9. Fremdenzimmer. **Restaurant und Café zum Deutschen Kaiser**, Inh. Aug. Bräck Wwe. Königstraße 41. Fernsprecher 531. Gute Küche. Straßenlinie 8.

Theater-Restaurant u. Café Fünfhausen 17/19. Bürgerlicher Mittagsstisch.

Bodega Weinstuben, F. 8986. Fleischhauerstraße 14. Inh. H. Gieseberg. Gemütl. Aufenthalt.

Rathausküche Tägl. von 5-1 Uhr Künstlerkonzert. Billards. W. Bruhn.

Stadthallen — Weißer Saal Jeden Sonntag: Vornehmes Tanzkränzchen. Anfang 5 Uhr. F. Lantau.

Stadt-Café Holstenstraße 17. Täglich Künstler-Konzert. Paul Ferck.

Café Viktoria Täglich Konzert. Mühlenbrücke 1.

Reserviert für
Café „Opera“

Café Roland Tägl. Künstler-Konzert.

Café Bernhardt Fackenburger Allee 9. Täglich abends Unterhaltungsmusik.

Hansa-Café Reserviert.

Neues Lichtspiel-Theater

Fernruf 8898. Breite Straße 12. Erste und vornehmste Lichtbildbühne. Jeden Freitag stets das Neueste und von diesem nur die ausserwichtigsten Programme. Anfang 4 Uhr. Schluß 11 Uhr.

Tusculum Fischstraße 4. Bar m. Weinstuben. Decente Musik.

Gerhard Isdorn Speisekasino. Johannisstr. 3.

Julius Stammer Konditorei — Kaffee. Lindenstraße 1b.

Nodermanns Konditorei Täglich Konzert.

Uhren, Goldwaren u. Musik

C. Porte Goldschmiedemeister. Fahrkarten u. Verkauf fingen-losen Trauringe. Fleischhauerstr. 26.

Ludwig Zander Juwelier u. Goldschmied. Fernruf 8701. Marlesgrube 2.

Lorenz Behnfeldt Pfaffenstraße 5. Uhren, Geldwässer, Reparaturwerkstatt.

Rudolph Wiese Goldschmied. Breite Straße 41. Gold-, Silberwaren. Versilia, Alpacca, Nickelwaren.

Hallers Musikhaus Lübeck. Markt 2.

Meyer & Eggerl Fernruf 2252. Königstraße 116. Musikinstrumente.

Musikhaus Fr. Dietrich & Co. Musikinstrumente. Besteckwaren. Noten jeglicher Art. Samen. Beckergrube 27.

Musik-Ernst Robert Instrumente, Lauten, Gitarren, Mandolinen usw. Breite Straße 29. Fernr. 6730.

Geschäftliche Rundschau und Zeitungs-Dauer-Fahrplan

(Musikschule)

Ehlers & Reetwisch

St. Petri 2/4. Holstenstraße 1. Das Haus der guten Qualitäten. Manufaktur. Konfektion. Schuhwaren.

Café „Nirvana“

Fernruf 8529, Mühlenstraße 46.

Trocadero

Fernruf 787. Schüsselbuden 4. Täglich ab 9 Uhr. Weberus-Konzerte. Sonntags 5 Uhr.

Fledermaus

Täglich Anfang 8.30 Uhr. Sonntag und Feiertag 4 Uhr. Vorstellung und Tanz. I. Etage! Sehenswerte Bar. Stimmung. Humor.



Lichtspiele.

Fünfhausen 17/19, im Hause der Fledermaus. Jeden Dienstag neues spannendes Programm. Anfang 5 Uhr. Sonntag 4 Uhr. Letzte Abendvorstellung 8 Uhr.

Wo kauft der Arbeiter Lübeck seine Lebensmittel? Bei Paul Burmester Jr., Holstenstraße 24.

Georg Petersen

Hütstraße 19. Manufaktur-, Weiß-, Woll- und Kurzwaren.

E. Hardt, Mechanische Strickerei
Lübeck, Fischergrube 60.

Schuhwarenhaus W. Blumenthal

Kohlmarkt 1, Sandstraße 2-4.

Dauer-Fahrplan des Lübecker Volksboten.

Hamburg	Büchen	Flöthe	Travemünde	Lübeck	Travemünde	Hörde
600 743 590 705	800 915 694 745	715 812 615 722	521W 604	—	62	ab Stadt ab Strand ab
727 921 2-4 921	100 247 1145 100	921 1046 829 915	511W 900	—	—	Stadt ab Strand ab
930 1050 2-4 921	415 845 122	1228 105 1224 121	921S 102	10	—	Strand ab Stadt ab
1128 1226 220 D 922	550 682 377 420	1228 105 250 355	207 247	31	—	Strand ab Strand ab
2-4 921	912 1034 722 840	1228 D 412	521 729	72	—	Stadt ab Strand ab
125 258	840 D 937	200 265 725 S 834	Blauort: Travemünde ab Strand ab Stadt ab	—	—	Strand ab Strand ab
344 502	1017 1114	725 820 745 835	638W	638	1	Stadt ab Strand ab
2-4 921	1222 158	• Zur 845 auf weiteres	1112S	1135	12	Strand ab Stadt ab
417 589 330 510	1524 1212 1212	Segeberg	406	418	3	Strand ab Strand ab
2-4 921	725 820 675	1228	725	812	6	Stadt ab Strand ab
725D 820	925 1002 925 1057	W = Wochentags	W	W	W	Wochentags
722 900	925D 1004 154 398	S = Sonntags	S	S	S	Sonntags
816D 914	925D 1004 154 398	D = D-Zug	D	D	D	D-Zug
925S 1025	1222 122 1222 122	(Ohne Gewähr)	—	—	—	—

Markmann & Meyer

Das bekannte Haus für vorteilhafte Einkäufe. Markhalleneingang Breite Straße.

Adolf Borgfeld, Lübeck Inhaber Hermann Kubh. **Oelen, Herde, Grudeherde, Gaskodier** Größte Auswahl bei günstigsten Preisen.

Reserviert für

H. E. Koch Möbelhäuser Marlesgrube.

Uhren-Voss

Breite Straße 36. Holstenstraße 2. Fernsprecher 8898.

Walter Büttner

Fernruf 1124. Fleischhauerstraße 42. Rohprodukte, Eisen- und Metalleien grob.

Auto-Eschen

Fernruf 1894.

Camphausen & Co.

Kraftfahrzeuge.

Possehl's Kohlenhandel

Ebtellung Fackengasse Ebtellung Mühlensinn 62

Fernruf 8330-8333. Fernruf 8720-8723

Koks - Kohlen - Briketts

Allgemeinvertrieb des Lübecker Gitskoks.

E. Braunschweig Ndl.

Fernruf 8210, 8717.

Johannisstraße 16, I.

Kohlen Koks

Briketts

F. W. Netz Fahrwerksbetrieb

bei billigster Berechnung.

Lebensmittel und Drogen.

Spanelli

Milch-Schokolade

Fernruf 8915. Königstr. 75. Kaffeegroßküsterei und Kolonialwaren.

Reserviert für

J. G. Niederegger Marzipan.

Dampfbäckerei „Hansa“ Lübeck

J. C. D. Junge & Co. Verkaufsstellen überall.

Hansa-Meierei Fackenburger Allee 59a und 8. Fernruf 281/557.

Rostocker Butterhandlung

Inh. Robert u. Dora Gündel. F. 2064. Beckergrube 9.

In. Storms Nacht. Chr. Stakebeck

Fernruf 478. Königstraße 98. Spezial-Butter- und Margarinehandlung. Groß- und Kleinhandel.

Emil Aland Wurstwarenfabrik, Lübeck. Mengstraße 2.

Erich Helm Wurstfabrik. Fleischhauerstraße 54.

Ahrbergs Bockwurst u. Wurstsalaten

W. Sander. Fernruf 8121. Markt 9.

Fischversandhaus „Möwe“ Alt. Beßmann & Co., Lübeck. Fernruf 1852. Kl. Burgstraße 6. Tel.: Beßmann Kleineburgstr. Großl. i. Fischkons.

Heinrich Prümm Fernruf 651. Wahnstr. 21. Spezialgesch. in lebend. Fischen u. Räucherwaren.

Ludw. Budk Fernruf 3784. Breite Straße 86. Spezialgeschäft feiner Delikatessen.

C. Klein Fernruf 1727. Pfaffenstraße 4. Delikatessen — Feittwaren.

Johannes Hanssen Balauerlohr 17. Delikatessen — Feittwaren.

Reserviert für

Janssen Delikatessen Beckergrube 7.

Speckmann & Fischer Kartoffeln, Frucht, Gemüse. Fernruf 102. Beckergrube 59.

Fr. R. Muus Günstiger Einkauf von Lebensmitteln. Alfstraße 25.

C. F. Alm Holstenstraße 12. Fernruf 800. Farben, Drogen, Chemikalien.

Diana-Drogerie Paul Stammer. F. 8644. Glandorpstr. 1. Farben, Verbandstoffe, Toiletteart.

Ferd. Kaufer Drogerie. Breite Straße 81.

Bruno Solmann Fleischhauerstr. 81. Konditorei u. Kuchenbäckerei.

Lübecker Central-Brotfabrik R. Spangenberg, Lindenstraße 20/22. Kondituren, Delikatessen.

Fr. Weingärtner Nachl. Johannisstr. 3. Kondituren, Delikatessen.

Ed. Teutberg Lederhandlung. Untertrave 67.

Auguste Popp Schuhwarenhaus. Ersklassige Fabrikate. Führende Marken.

Friedrich Baurenicind Schuhwaren. Fernruf 1865. Mühlenstraße 34.

Will. Ewert Schuhwaren. Untertrave 3. Gut sortiertes Lager und Reparaturwerkstatt.